

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

91 (20.4.1927)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Voll und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährl. 1.15 M mit, 1 M ohne Zustellung. Einzelpreis 10 P. Sonntags 15 P. — Anzeigen: die einsp. Kolonelle 28 P. Restliche 1 M. Annahmestelle 8 Uhr vorm. Postfach. Karlsruhe 2650.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöflin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigentell: Gustav Krüger. Druck und Verlag: der Verlagsdruckerei Volkshfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Französischer Sozialistenkongress

Für die Räumung der besetzten Gebiete — Sozialdemokratie und Koalitionspolitik Gegen eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten

Paris, 20. April. (Funkdienst.) Auf einem am Dienstag mittag veranstalteten Bankett des Kongresses der Sozialistischen Partei in Lyon nahm u. a. auch der Delegierte des deutschen Parteivorstandes, Reichstagsabgeordneter Breitfeld das Wort und führte aus, daß nach der Ansicht der deutschen Sozialdemokratie die Räumung der besetzten Gebiete und des Saargebietes unbedingt notwendig ist für die endgültige Wiederherstellung des Friedens. Nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und nach Vercors ist die Bedeutung einer Annahme. Sie führt die Stellung des Nationalismus in Deutschland und ist eine Gefahr für den Frieden.

In seiner Antwort auf diese Ausführungen erklärte Leon Blum, daß was die Räumung des Saargebietes und des Rheinlandes betrifft, die französischen Sozialisten vollkommen die gleichen Ansichten haben, wie die deutschen Sozialdemokraten. Auch sie wüßten, daß der Frieden nicht hergestellt werden könne, ohne Räumung dieser beiden schwerwiegenden Fragen.

Kongress zeigte getrennten Tendenzen eine Einigung auf eine gemeinsame Entschliebung erndlich.

Dann ergriff der Abg. Vincent Auriant das Wort und vertrat gegenüber dem Vordränger den Standpunkt, daß es wohl möglich sei, Einstimmigkeit über eine Entschliebung herbeizuführen. Der Kampf der Parteien, so hielt der Redner fest, habe sich vollständig geändert. Heute handele es sich nicht mehr darum, die französische Republik zu verteidigen. Selbst der Kampf habe diese anerkannt (Heiterkeit). Aber heute müsse auf wirtschaftlichem Gebiete der Sozialismus seine Kräfte entfalten. Überall sei es die internationale Finanz, die auf den Regierungen laste und verjage, die Demokratie unter ihr Joch zu drücken. Infolge dieser Kräfte müsse eine Einigung der Parteien vorgenommen werden. Aus diesem Grunde seien die lebhaften Anträge gegen die Radikalsocialisten und sonstigen bürgerlichen Parteien, die auf dem Kongress ausgedrückt wurden, völlig unangebracht. Die Stunde sei nicht dazu da, des längeren zu unterziehen, ob Karzelle oder Koalitionen mit anderen Parteien möglich seien. Man müsse im Gegenteil darauf aussetzen, zwischen der Sozialistischen Partei und den ihr nachstehenden bürgerlichen Parteien auf wirtschaftlichem Gebiete Zusammenhänge herzustellen. Redner verließ unter lebhaftem Beifall der Versammlung die Tribüne, die nach ihm Renaudel einnimmt. Er erklärte, daß er angesichts der Rede von Auriant versicherte, da Auriant genau feiner Tendenz Ausdruck gegeben habe. Er wolle nur darauf hinweisen, daß die Bestimmung einer Einheitsfront mit den Kommunisten Sophismus sei, da diese die sozialistische Partei zu zerstören beabsichtigen.

Keine Aenderung des Dawes-Gesetzes

Berlin, 20. April. (Funkdienst.) In den letzten Tagen sind von der Reichsregierung wiederholt Meldungen über eine bevorstehende Aenderung des Dawes-Gesetzes verbreitet worden. Amlich wird hierzu nunmehr erklärt, daß weder der Reichsminister des Auswärtigen, noch der Reichsfinanzminister, noch eine andere amtliche Persönlichkeit von derartigen Verhandlungen Kenntnis haben.

Entraditionalisierung des Volkshewismus

Berlin, 20. April. (Funkdienst.) In Moskau tagt gegenwärtig der 4. Kongress der Sowjetunion. Die Tagung wurde eingeleitet durch eine Rede Wostokoff über die internationale Lage. Es handelte sich dabei um Ausführungen von äußerster, geradezu auffälliger Zurückhaltung, in denen man alles andere, nur nichts von Volkshewistischen Methoden verpürte. Insbesondere fiel die glimpfliche Behandlung des Völkerbundes auf.

Es bestätigt sich jetzt, daß die Sowjet-Union in der Tat eine Annäherung an den Völkerbund erstrebt. Sie lehnt zwar, wie der Korrespondent der „Rösischen Zeitung“ in Moskau zu melden weiß, eine Teilnahme am Genfer Bund nach wie vor ab, aber macht doch im gleichen Augenblick Anstalten, sich dem Völkerbund gegenüber wesentlich anders einzustellen als bisher. Vor allem wird die Sowjet-Union nunmehr zuzüglich die bisher fehlende eigene Berichterstatterin in Genf einzusetzen. Sie ist ferner bereit, unter der Voraussetzung einer Vertiefung der Eröffnung, an der Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen und sich auch auf der Abrüstungskonferenz in Zukunft vertreten zu lassen. Inbesuna auf die Abrüstungsfrage bietet sie sogar jetzt Vorstöße durch Sachverständige an. Sie verkennt vor allem die Abschaffung des Giftgaskrieges.

Alles das zeigt, daß die Sowjet-Union eine Verständigung mit der Schweiz über den Fall Worowski schließlich nur gesucht hat, um eine stärkere Orientierung nach Genf hin vorzunehmen.

Großer Papiergeldschwindel in Frankreich

Paris, 20. April. (Funkdienst.) Die Bank von Frankreich soll, wie gemeldet wird, einem großen Papiergeldschwindel auf die Spur gekommen sein. Angeblich sind sehr hohe Gesellschaftskreise und einige Ausländer in die Affäre verwickelt. Es soll sich hauptsächlich um den Betrieb gefälschter Hundertfrankenscheine handeln.

Panik an der japanischen Börse

London, 20. April. (Funkdienst.) In Anbetracht der japanischen Kabinettskrise kam es am Montag in Tokio an der Börse zu einer großen Panik. Das wurde so schlimm, daß die Börse nach halbstündiger Tätigkeit geschlossen werden mußte. Als bekannt wurde, daß Tanaka die Kabinettsbildung übernommen hatte, trat eine leichte Besserung ein. Das Kabinetts ist inzwischen gebildet worden.

Der Kampf um die Biersteuer

Die Reichsregierung hat inzwischen das Gesetz über die Biersteuererleichterung veröffentlicht und es dadurch rechtswirksam werden lassen. Die preussische Regierung wird trotzdem den angeforderten Einspruch vor dem Staatsgerichtshof erheben. Augenblicklich wird dieser Einspruch im Finanzministerium ausgearbeitet. Es handelt sich darum, ob das Gesetz entgegen der Auffassung der Reichsregierung verfassungswidrig ist oder nicht.

Polizeiliche Maßnahmen für den Stahbelnstag

Berlin, 20. April. Die Anträge der Kommunisten zum Stahbelnstag in Berlin haben Besprechungen im Polizeipräsidium veranlaßt, die gestern abgeschlossen wurden. Laut Meldung ist man übereingekommen, daß mit den stärksten Maßnahmen vorgegangen werden soll, falls irgendwo die Ruhe gestört werden sollte. Es ist den 7. und 8. Mai die höchste Wachposten für die Schutzpolizei, die politische Polizei und die Kriminalpolizei anordnet worden.

Verhärfung des italienisch-jugoslawischen Konflikts

Die neueste Provokation Mussolinis

Die Erwartung, daß der italienisch-jugoslawische Konflikt durch das Ergebnis der unter Beteiligung von Rom und Belgrad zwischen London, Paris und Berlin geführten diplomatischen Verhandlungen bald einen zufriedenstellenden Ausgang nehmen würde, hat sich nicht bestätigt. Der Präsident Mussolini hat es sich nämlich anders überlegt und beherrschte den an den Verhandlungen beteiligten Mächten am vergangenen Samstag in Form einer Proklamation ein unerwartetes Öffiziel. Alles schien bereits in bester Ordnung, als er plötzlich in einem Kommuniqué alle Verhandlungen mit Jugoslawien über die Auslegung des Paktes von Tirano ablehnte. Der italienische Diktator widerrief damit seine anfänglich gegebene Zusage und damit wurden auch die Voraussetzungen bünfällig, unter denen die jugoslawische Regierung dem auf diplomatischem Wege unternommenen Versuch einer Verständigung ihre Zustimmung erteilt hat. Jugoslawien hat trotzdem bisher seine Zusage nicht zurückgezogen und es ist anzunehmen, daß auch seine neue Regierung ohne die Zustimmung der anderen beteiligten Mächte nichts unternehmen wird. Es ist zu erwarten, daß insbesondere die englische Regierung den plötzlichen Stellungswechsel des italienischen Diktators nicht unbeantwortet lassen dürfte, denn in erster Linie unter englischem Druck erklärte sich Jugoslawien schließlich bereit, die Nettuno-Verträge, die die Gesamtheit der italienisch-jugoslawischen Beziehungen umfassen und insbesondere auch die italienischen Siedlungen in Dalmatien betreffen, zu ratifizieren. Als Äquivalent ließ Mussolini dem englischen Außenminister versichern, daß er über die Auslegung des Vertrages von Tirano zu verhandeln bereit wäre. Wenige Tage darauf ließ er allerdings alles widerrufen. In der Öffentlichkeit hat sich zwar der englische Außenminister offiziell noch nicht zu dieser sonderbaren Politik der italienischen Regierung geäußert. Aber es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die am Dienstag erfolgte Drohung der „Times“, im gegebenen Falle mit dem italienisch-jugoslawischen Konflikt den Völkerbund zu befragen, auf das Auswärtige Amt in London zurückzuführen ist. Die englisch-italienische Freundschaft der letzten Monate scheint also mindestens vorübergehend geknackt zu sein. Auffallend ist jedenfalls, daß sich die englische Regierung plötzlich einem Gedanken gegen die Lösung des Konflikts anschließt, der bisher nur von Belgrad offiziell in die Debatte geworfen worden ist.

Es ist natürlich eine andere Frage, ob es tatsächlich so weit kommt, daß sich der Völkerbund mit dem italienisch-jugoslawischen Streit befassen wird. Alle Völkerbundsstaaten sind davon nicht sehr erbaud und trotzdem wäre der Völkerbund die einzige Instanz, die bei einigem guten Willen aller beteiligten Staaten den Konflikt leicht aus der Welt schaffen könnte. Also an diesem guten Willen fehlt es insbesondere auf der italienischen Seite und unter diesen Umständen ist es noch nicht abzusehen, wie die gewitterchwangere Luft auf dem Balkan sich eines Tages entläßt. Die Situation ist jedenfalls ernst. Darüber täusche man sich nicht.

Aus dem österreichischen Wahlkampf

Die Heße gegen das sozialistische Wien

Wien, 19. April. (Eig. Draht.) Eine Reihe bekannter Wiener Intellektueller hat eine öffentliche Kundgebung erlassen, in der sie sich gegen den Versuch wenden, im Wahlkampf die Öffentlichkeit durch wirtschaftliche Kompromisse zu blenden, die in Wirklichkeit auf einen Rückschritt abzielen. Man dürfe die großen sozialen und kulturellen Leistungen der Stadtverwaltung Wien nicht übersehen. Die Intellektuellen müßten dieses kulturpolitische Wirken zu fördern trachten. Unterschriften ist der Aufruf u. a. von zahlreichen Künstlern, so dem ehemaligen Hoftheaterdirektor Heine, dem Direktor der Rennbahngebäude, Jarno, dem Komponisten Wilhelm Kienzl, den Schriftstellern Werfel und Polaar, dem Professor Sigmund Freud und Kelsen, dem Bildhauer Barnat und vielen anderen.

Die Kabinettsbildung in Japan

London, 18. April. „Times“ meldet über die Bildung des neuen japanischen Kabinetts aus Tokio: Die japanische Presse spricht sich gegen die Bildung einer überparteilichen Regierung aus und verlangt die Einsetzung einer parlamentarischen Regierung. Sollte diesem Wunsch nicht entsprochen werden, so dürfte Baron Tanaka die größte Aussicht haben, mit der Kabinettsbildung beauftragt zu werden. Allerdings spricht gegen die Wahl Tanakas seine Auffassung über die in China zu verlaufende Politik, da Tanaka für ein energisches Auftreten in China eintritt. Man nimmt daher an, daß entweder Tanaka über die Politik in China zuvor Zusicherungen abgibt, oder daß an seine Stelle Baron Yamamoto ein „Unterführer“ Tanakas, tritt.

Rücktritt des ägyptischen Kabinetts

Kairo, 19. April. Das ägyptische Kabinetts ist zurückgetreten. Veranlassung gab eine Abstimmung in der Kammer, in der die Saad-Partei gegen die Regierung stimmte. Der Premierminister erklärte, daß insbesondere die ständigen Anarische auf die Wirtschaftspolitik des Kabinetts die Ernährung der Regierung herbeigeführt hätten.

Die Wirren in China

Die Lage immer verwirrt
 London, 19. April. „Times“ berichtet aus Schanghai: Eine von Tschangtschaj einberufene Kuomintang-Konferenz verhandelt gestern in öffentlicher Sitzung die formale Eröffnung einer neuen Regierung in Nanking. In Nanking befindet sich ein Anstalt Tschangtschaj. 7000 Mann Truppen sind nach Wahu geschickt worden, um einen solchen Versuch zu begegnen.
 Nanking, 19. April. (Reuter.) Zur Feier der Proklamation Nankings als Sitz der neuen nationalchinesischen Regierung wurde heute eine Massenversammlung abgehalten. Es wurden Entschlüsse angenommen, in denen die Auslösung der Kommunisten aus der nationalchinesischen Partei und die Beseitigung der sogenannten einseitigen Verträge mit fremden Mächten gefordert wird.

Die Hanauer Regierung gegen Tschangtschaj
 Schanghai, 19. April. Aus chinesischer Quelle wird gemeldet, daß die chinesische Regierung in Nanking drei Erlasse veröffentlicht hat. Im ersten wird Tschangtschaj seiner Stellung als Oberbefehlshaber der nationalchinesischen Armee entzogen und seine Verhaftung und Bestrafung gefordert. Im zweiten wird Tschangtschaj zum Oberbefehlshaber ernannt und ihm Tschangtschaj als Militärgouverneur von Honan, beigegeben. Tschangtschaj erhielt den Befehl, auf Nanking zu marschieren und Tschangtschaj anzureifen. Im dritten Erlass wird der Abbruch aller Verträge mit Nanking und Schanghai angeordnet.

Das Vorgehen gegen die Kommunisten
 London, 19. April. Wie Reuter aus Kanton meldet, wurden bei den gestrigen Kämpfen mit den Kommunisten in Kanton ungefähr 100 Kommunisten getötet und 1100 verhaftet. Es wurde viel Munition erbeutet. Auch in Schanghai wurde die kommunistische Propaganda durch die Truppen Tschangtschajs unterdrückt.

Die Haltung der Mächte
 London, 19. April. (Ela. Draft.) Die Entscheidung über den nächsten Schritt der Mächte bezüglich der Verantwortung von Tschangtschaj ist noch immer nicht gefallen. Die britische Regierung steht auf dem Standpunkt der Notwendigkeit eines Ultimatum, in dem sofortige Entschuldigung und Wiedergutmachung ohne vorhergehende Unterordnung gefordert wird. Im Falle der Nichterfüllung sollen Sanktionen in Betracht kommen. Die anderen Mächte, insbesondere Japan, nehmen vorläufig den Standpunkt ein, daß ein solches Vorgehen nicht gerade geboten sei.

Die neueste Krise in Griechenland
 Athen, 19. April. (Ela. Draft.) Der Präsident der griechischen Republik hat dem Premierminister am Montag seine Demission überreicht. Auf Drängen des Ministers hat er sich aber schließlich bereit erklärt, sein Amt vorläufig noch weiter zu versehen.

Spanische Mißerfolge in Marokko
 Paris, 19. April. Eine von mehreren Blättern gebrachte Meldung aus Rabat berichtet von ersten Mißerfolgen der Spanier in Marokko. So hätten sich ihre Posten bei El Adman zurückziehen müssen, ein anderer sei von Aufständischen umzingelt. Auch im Gebiet von Sorbadia seien verschiedene Posten eingeschlossen. Zwischen Adman und Larajit hätten die spanische Kolonne gefangen genommen. Starke spanische Verstärkungen seien nach Marokko unterwegs.

Aus der Partei

Von unserem oberbayerischen Parteiorgan
 Die am vergangenen Mittwochabend im Gemischtenhaus abgehaltene Generalversammlung der Genossenschaftsbunderei Freiburg e. G. m. b. H. nahm einen anregenden und befriedigenden Verlauf. Mit Genugtuung vernahm die Genossenschaftler, daß unser Druckerunternehmen auf gesundem finanziellen Fuße beruht und daß die „Volkswoche“, das Kampforan der oberbayerischen Sozialdemokratie, die Zahl ihrer Leser im abgelaufenen Geschäftsjahre wesentlich steigern konnte. Nahezu 2000 neue Abonnenten sind gewonnen worden. Der gute Rechnungsabluß für 1926 und die außerordentlich erfreuliche Entwicklung unseres Stammes sind ein Beweis für die stetige Kraft des Sozialismus. Der Geschäftsführer der Genossenschaftsbunderei, Gen. Friedrich, berichtete eingehend über das Geschäftsjahr im Jahre 1926. Er führte u. a. aus: Das Geschäftsjahr 1926 brachte in wirtschaftlicher Hinsicht gegenüber dem Jahre 1925 keine große Veränderung. Die immer noch anhaltende Arbeitslosigkeit drückt sehr stark auf die Geschäftswelt, was sich bei allen Be-

Gegen Fortschritte in der Volksernährung

Gefrieranlagen auf Fischdampfern

Der Reichstag nahm in seiner Sitzung vom 17. März 1927 einen Antrag an, der zur Erbauung eines Versuchsfischereifahrzeuges mit Kühlanlage 600 000 M. vorsieht. Der Bau eines solchen Schiffes ergibt sich ganz von selbst aus der Eigenart des deutschen Hochseefischereibetriebs. Die Fischereifahrzeuge fügen u. a. das Weiße Meer, Island, die Neufundlandküste usw. auf. Solche Reisen dauern rund 20 Tage. Die Hochseefahrer müssen möglichst schnell wieder in die Heimathäfen zurückkehren, um den Fang an den Verbraucher abzuliefern. Dabei ergibt sich die bekannte Erscheinung, daß bei reichlichen Fängen der Segen des Meeres nicht verbraucht werden kann. Große Mengen von wertvollen Fischen müssen dann der wertgeren heimischen Fischmehlfabrikation zugeführt werden. Bei geringen Fängen stellt sich aber sofort eine empfindliche Preissteigerung ein.

Man ist diesem Uebel zu Leibe gerückt, indem man Landgefrieranlagen nach dem Dittsenferverfahren baute. Zwar war, den Fischen zu konservieren und ihn doch frisch zu erhalten. Eine Befruchtung des Gefrierapparats findet dadurch nicht statt. Dagegen ist es möglich, den gefrorenen Fisch lange Zeit in gekühlten Kühlern ohne Eis aufzubehalten.
 Mit ein Gefriereschiff soll der Versuch gemacht werden die Fische sofort nach Fang auf hoher See einzufrieren. Damit will man erreichen, daß ein Schiff, das den meisten Weg bis zu den Fangplätzen zurückgelegt hat, nicht nach einer bestimmten Zeit zurückkehren muß, gleichgültig, ob sich der Fang gelohnt hat oder nicht. Es kann eben mit Hilfe der sich an Bord befindlichen Gefrieranlage den Fang solange fortsetzen, bis es die Ladefähigkeit erreicht hat. Die Vorteile liegen auf der Hand. Die nordischen Länder können sich mit Landgefrieranlagen begnügen, da hier frische Fische eingefroren werden. Für Landanlagen in Deutschland können naturgemäß nur Fische zur Verarbeitung kommen, die zum mindesten von zehn bis vierzehn Tagen gefangen werden. Für

Deutschland sind also nicht Landanlagen das Gegebene, sondern das Einfrieren muß an den Fangplätzen selbst in den am weitest entfernten Anlagen vorgenommen werden.
 Selbstverständlich fallen die 600 000 M., die der Reichstag auf Antrag der Sozialdemokratie als Darlehen für diesen Zweck bestimmt hat, in das Kapitel Subventionen. Aber es handelt sich hier um die Sicherung großer Vorteile für die Volksernährung bei verschwindend geringen Aufwendungen. Wir wünschen nur, daß alle Subventionen, die das Ernährungsministerium augeben hat und noch geben wird, so ausgeben wie das Darlehen für das Gefriereschiff. Trotzdem wird von den Interessenten gegen das Gefriereschiff ein äußerst heftiger Kampf geführt. So wird dem Reichstag der Vorwurf gemacht, er werfe für diese Veruche Geld der Steuerzahler zum Fenster hinaus. Man scheut sich auch nicht, Unwahrheiten gegen die Tauglichkeit des Dittsenferfahrens zu verbreiten, um die Neuerung in der Öffentlichkeit in Mißkredit zu bringen. Auch weist man darauf hin, daß falls Gefrierfleisch sich durchsetzen sollte, in ganz kurzer Zeit 400 vorhandene Fischdampfer als altes Eisen zu verschrotten sind. Diese Behauptung scheint wohl auch der Ausgangspunkt des Kampfes gegen den Reichstagsbeschluss vom 17. März zu sein.
 Wir sind der Auffassung, daß man neue Erfindungen wie das Dittsenferfahren nur einmal nicht unterdrücken darf. Die deutschen Fischereigesellschaften, die doch bei den gegenwärtigen, gegenüber dem Fischen durchwegs überreifen Fischpreisen gut verdienen, hätten richtig gehandelt, wenn sie den Versuch mit dem Gefrierfleisch gemacht hätten, den das Reich jetzt im Interesse der Volksernährung und der Allgemeinheit durchführen wird. Weil dem so ist, dürfen unter keinen Umständen die Interessen der Fischereigesellschaften, die gleichbedeutend mit dem Interesse an einer möglichst hohen Dittsende und Profitquote sind, den Interessen der Volksernährung und der Gesamtwohlfahrt vorgezogen werden.

ungen im letzten Jahre dadurch auswirkte, daß die Einnahmen für Inzente wesentlich zurückgingen. Unsere Einnahmen an Abonnements stiegen dagegen erfreulich und wurde der Verlust am Inzenteausgleich doppelt ausgemittelt. Das zeigt deutlich, daß wir einen treuen Stamm von Lesern aufzuweisen haben, der auch in wirtschaftlich schwerer Zeit fest zu seiner Zeitung steht. Das Druckereigebäude beweist sich auf gleicher Höhe wie im Vorjahr. Aber auch hier ist zu bemerken, daß die Kundenschaft nur ägernd Bestellungen auf Drucksachen, hauptsächlich Werbeprospekte, macht. Bei dieser Gelegenheiten wollen wir erneut unsere Arbeitervereine auffordern, in Zukunft die bei ihnen anfallenden Druckerarbeiten dem Parteibüro zur Verfügung zu überweisen. Unsere Druckerlei ist durch den Neubau und die Aufstellung von modernen Maschinen in der Lage, allen Anforderungen gerecht zu werden. Es wurden für den Setzer- und Druckerstuhl Räume gewonnen, die ein reibungsloses Arbeiten ermöglichen. Im Jahre 1926 ist die „Volkswoche“ in einem Umfang von 2944 Seiten erschienen. Hierzu kamen noch 52 Nummern zu je 8 Seiten der „Hilfsblätter“ „Volk und Welt“. Trotz dieses umfangreichen Erscheinens der „Volkswoche“ werden die Redaktionen immer erneute Anforderungen gestellt, die zu befrachten nur möglich ist, wenn unser Blatt noch mehr ausgebaut wird. Diejenige, welche wird der Verlag Rechnung tragen. Hierzu ging Geschäftsführer Friedrich mit Vorrede des Geschäftsführers schlussend über und brachte am Schluss, daß das Verhältnis zwischen Geschäftsleitung, Redaktion und Personal ein gutes sei und ein erprobliches Zusammenarbeiten ermöglichte.

Landesgauparlierender C. u. F. B. D. I. sprach über die Entwicklung des Bundes in den zehn Jahren seines Bestehens und die vielfachen Kämpfe besonders in der Anfangszeit. Schärft kritisierte der Redner besonders die Haltung des jetzigen Reichstags, der alle Forderungen der Arbeiterklasse ablehnte, man habe es sogar verstanden, an diesen noch Sparnisse zu machen. Den Kriegssopfern zu helfen, sei eine wirklich nationale Tat. 26 bayerischen Gründungsmitgliedern wurde eine Jubiläumspatente überreicht. Im Namen der Arbeiterpartei Kamerad R. B. I. sprach. Damit hatte der offizielle Teil der Gründungsfeier sein Ende erreicht.

Am Donnerstag fand im Saalbau die dritte öffentliche Kundgebung: „Zehn Jahre Reichsbund“ statt, die um 10 Uhr vormittags begann und ebenfalls auf acht bis neun Stunden dauerte. In der ersten Zeit nach der Gründung betonte, trotz aller Bekämpfungswenig die Bewegung immer mehr an Boden. Einkommende Annahme fand folgende Entschlüsse:
 „In wiederholter Entschlossenheit über die jüngsten Beschlüsse der Reichstagskommission über die Behandlung des Verformungsgesetzes der Arbeiterhinterbliebenen und Arbeiterhinterbliebenen protestiert die am 17. April 1927 in Würzburg tagende Reichsbundversammlung des Reichsbundes in Anwesenheit der Vertreter von 27 000 bayerischen Kriegssopfern mit etwa 75 000 Familienangehörigen gegen die völlig unzureichende Wahrnehmung der Belange der Kriegssopfer durch Reichsregierung und Reichstag. Sie fordert, daß schnellstens und eilig eine Verordnungsgebung im Sinne der berechtigten Forderungen der Kriegssopfer Platz greift und die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Schon im November 1926 hat der bayerische Landtag die Reichsregierung ersucht, die Grundrenten um 100 Prozent zu erhöhen. Mit Empörung muß festgestellt werden, daß auch dies unbeachtet geblieben ist. Die Reichsbundversammlung und die Reichsbundkommission im Reichsbund der Organisation der Arbeiterhinterbliebenen und Arbeiterhinterbliebenen sind aufgefordert, die notwendigen Schritte zu tun.“

Landtag des Reichsbundes der Kriegssopferhinterbliebenen

Am Karfreitag und Donnerstag fand in Forstheim der 7. hädige Landtag des Reichsbundes der Kriegssopferhinterbliebenen, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen unter harter Beteiligung im Bürgerausdrucksaal des Rathauses statt. Die Stadtverwaltung war durch Bürgermeister Dr. B. B. vertreten, der Bezirksrat durch den Vorsitzenden durch Gen. Rat Dr. Goldner.
 Der Geschäftsbericht gab ein umfassendes Bild von der Tätigkeit des Bundes, der auf ein sechzigjähriges Bestehen zurückzuführen kann. Darleben wurden im Jahre 1926 in Baden 81 105 M. bewilligt. 4622 Zusatzrentenempfänger und 7400 Kinder sind in Baden zu verzeichnen. Der Bad. Heimatbund war 1926 erstmals wieder in der Lage, Zuschüsse zu

geben. Nach dem Verkauf des Steinabades ist jetzt wieder Geld da. Im letzten Jahre sind in Baden 40 neue Ortsgruppen mit 5000 Köpfen gegründet worden. Baden ist jetzt unter den bayerischen Gaue des Reichsbundes von der 8. auf die 4. Stelle gerückt. 4250 ein- und 20 451 abgegangene Schriftsätze zeugen von der Arbeitsfülle.

Landesgauparlierender C. u. F. B. D. I. sprach über die Entwicklung des Bundes in den zehn Jahren seines Bestehens und die vielfachen Kämpfe besonders in der Anfangszeit. Schärft kritisierte der Redner besonders die Haltung des jetzigen Reichstags, der alle Forderungen der Arbeiterklasse ablehnte, man habe es sogar verstanden, an diesen noch Sparnisse zu machen. Den Kriegssopfern zu helfen, sei eine wirklich nationale Tat. 26 bayerischen Gründungsmitgliedern wurde eine Jubiläumspatente überreicht. Im Namen der Arbeiterpartei Kamerad R. B. I. sprach. Damit hatte der offizielle Teil der Gründungsfeier sein Ende erreicht.

Am Donnerstag fand im Saalbau die dritte öffentliche Kundgebung: „Zehn Jahre Reichsbund“ statt, die um 10 Uhr vormittags begann und ebenfalls auf acht bis neun Stunden dauerte. In der ersten Zeit nach der Gründung betonte, trotz aller Bekämpfungswenig die Bewegung immer mehr an Boden. Einkommende Annahme fand folgende Entschlüsse:
 „In wiederholter Entschlossenheit über die jüngsten Beschlüsse der Reichstagskommission über die Behandlung des Verformungsgesetzes der Arbeiterhinterbliebenen und Arbeiterhinterbliebenen protestiert die am 17. April 1927 in Würzburg tagende Reichsbundversammlung des Reichsbundes in Anwesenheit der Vertreter von 27 000 bayerischen Kriegssopfern mit etwa 75 000 Familienangehörigen gegen die völlig unzureichende Wahrnehmung der Belange der Kriegssopfer durch Reichsregierung und Reichstag. Sie fordert, daß schnellstens und eilig eine Verordnungsgebung im Sinne der berechtigten Forderungen der Kriegssopfer Platz greift und die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Schon im November 1926 hat der bayerische Landtag die Reichsregierung ersucht, die Grundrenten um 100 Prozent zu erhöhen. Mit Empörung muß festgestellt werden, daß auch dies unbeachtet geblieben ist. Die Reichsbundversammlung und die Reichsbundkommission im Reichsbund der Organisation der Arbeiterhinterbliebenen und Arbeiterhinterbliebenen sind aufgefordert, die notwendigen Schritte zu tun.“

Am Donnerstag fand im Saalbau die dritte öffentliche Kundgebung: „Zehn Jahre Reichsbund“ statt, die um 10 Uhr vormittags begann und ebenfalls auf acht bis neun Stunden dauerte. In der ersten Zeit nach der Gründung betonte, trotz aller Bekämpfungswenig die Bewegung immer mehr an Boden. Einkommende Annahme fand folgende Entschlüsse:
 „In wiederholter Entschlossenheit über die jüngsten Beschlüsse der Reichstagskommission über die Behandlung des Verformungsgesetzes der Arbeiterhinterbliebenen und Arbeiterhinterbliebenen protestiert die am 17. April 1927 in Würzburg tagende Reichsbundversammlung des Reichsbundes in Anwesenheit der Vertreter von 27 000 bayerischen Kriegssopfern mit etwa 75 000 Familienangehörigen gegen die völlig unzureichende Wahrnehmung der Belange der Kriegssopfer durch Reichsregierung und Reichstag. Sie fordert, daß schnellstens und eilig eine Verordnungsgebung im Sinne der berechtigten Forderungen der Kriegssopfer Platz greift und die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Schon im November 1926 hat der bayerische Landtag die Reichsregierung ersucht, die Grundrenten um 100 Prozent zu erhöhen. Mit Empörung muß festgestellt werden, daß auch dies unbeachtet geblieben ist. Die Reichsbundversammlung und die Reichsbundkommission im Reichsbund der Organisation der Arbeiterhinterbliebenen und Arbeiterhinterbliebenen sind aufgefordert, die notwendigen Schritte zu tun.“

Am Donnerstag fand im Saalbau die dritte öffentliche Kundgebung: „Zehn Jahre Reichsbund“ statt, die um 10 Uhr vormittags begann und ebenfalls auf acht bis neun Stunden dauerte. In der ersten Zeit nach der Gründung betonte, trotz aller Bekämpfungswenig die Bewegung immer mehr an Boden. Einkommende Annahme fand folgende Entschlüsse:
 „In wiederholter Entschlossenheit über die jüngsten Beschlüsse der Reichstagskommission über die Behandlung des Verformungsgesetzes der Arbeiterhinterbliebenen und Arbeiterhinterbliebenen protestiert die am 17. April 1927 in Würzburg tagende Reichsbundversammlung des Reichsbundes in Anwesenheit der Vertreter von 27 000 bayerischen Kriegssopfern mit etwa 75 000 Familienangehörigen gegen die völlig unzureichende Wahrnehmung der Belange der Kriegssopfer durch Reichsregierung und Reichstag. Sie fordert, daß schnellstens und eilig eine Verordnungsgebung im Sinne der berechtigten Forderungen der Kriegssopfer Platz greift und die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Schon im November 1926 hat der bayerische Landtag die Reichsregierung ersucht, die Grundrenten um 100 Prozent zu erhöhen. Mit Empörung muß festgestellt werden, daß auch dies unbeachtet geblieben ist. Die Reichsbundversammlung und die Reichsbundkommission im Reichsbund der Organisation der Arbeiterhinterbliebenen und Arbeiterhinterbliebenen sind aufgefordert, die notwendigen Schritte zu tun.“

Anekdoten und Stilblüten aus dem Reichstag

Gesammelt von den Reichstagsabgeordneten Dr. Moses (Soz.) und Hofmann-Ludwigshafen (Zentr.)
 In Bezug auf das Arbeitergesetz meinte ein in der Wohnungsbaufrage bewandertes Volkswortreiter:
 „Dieser Gesetzentwurf ist ein torgeborenes Kind, das sich im Bade verlaufen hat.“
 „Meine Herren! Die Lokomotivführer stehen mit einem Fuß im Buchstaben und mit dem anderen — nagen sie am Hungertuche.“
 Der kommunistische Abgeordnete S. charakterisierte die Koalitionsparteien finnia und plastisch folgendermaßen:
 „Die Koalitionsparteien sind jene Parasiten am deutschen Volkstörper, die sich im Winde der Regierung sonnen.“
 „Das ist der springende Punkt, auf dem die Opposition so gern herumtritt.“
 Ein Abgeordneter: „Meine Herren! Ich habe mit Rücksicht auf mein Geschlecht bis her kein Kind geboren. Trotzdem kann ich mich in den Seelenzustand eines verführten Dienstmädchens sehr gut hineinfinden.“
 In derselben Diskussion: „Es muß ein ausreichender Schutz gegen die fittlichen Gefahren der Dienstmädchen geschaffen werden. Wenn ein Mädchen noch so feuch und anständig ist, einmal bekommt es doch schließlich ein Kind.“
 Und ein anderer: „Ich komme nun wieder auf das von mir heute schon einige Male berührte Dienstmädchen zurück.“
 Ein Gegner des Ermächtigungsgesetzes ist der Kienbandwurm, den der Reichstag nur mit großem Widerwillen akzeptiert hat.“
 An der vornehmen Gefinnung und an den feineren Körperlichen und geistigen Bewegungen erkennt man den gebildeten Mann — und nicht daran, daß er alle acht oder dreizehn Tage sein Hemd wechselt.“
 „Was nützt es uns, wenn wir vorn eine schöne Fassade und hinten keine Luft haben.“
 Ein deutschnationaler Volkswortreiter beginnt seine Rede:

„Natürlich, — die preussische Regierung in ihrer Dummheit — Dabel unterbricht ihn der Reichstagspräsident mit dem Bemerkten:
 „Von der Dummheit der preussischen Regierung darf hier im Reichstag nicht gesprochen werden!“
 Als noch die Geschäftsordnung des Reichstags unbeschränkte Redeszeit zuließ, plenteten kommunistische Abgeordnete den Sport der mehrstündigen Reden. Insbesondere brachte es dabei der Abgeordnete Fr. zu erstaunlichen Redefleistungen. Man verließ ihm dafür den Ehrentitel eines „Hausverzers“, weil er meist vor leerem Hause redete. Abgeordneter Fr. liebte Frisur nach russischem Muster: lange, schwarze Mähne mit herabwallendem Bart.
 Als er einmal mitten in der dritten Redestunde losdonnerie, betrat der volksparteiliche Abgeordnete v. Br. den Plenarsaal und stellte an einen nachstehenden Zentrumsgesandten die Frage:
 „Wie lange redet dieser Sowjetmann schon?“ — Schmunzelnd erwiderte der Befragte:
 „Genau kann ich Ihnen das zwar nicht angeben; doch glaube ich mich entsinnen zu können, daß er zu Beginn seiner Rede noch kurz geschoren und akatt rasiert war.“
 Ein neu gewählter bayerischer Volkswortreiter benutzte zum erstenmal im Reichstag eine Telefonzelle, um ein Gespräch mit dem Reichsernährungsministerium zu führen. Von der Telefonzentrale des Reichstags wurde er zunächst mit dem überordneten Telephonamt „Zentrum“ verbunden. Die diensttunde Telefonistin meldete ihm:
 „Zentrum.“ — Der gute Bawer glaubte sich nach seiner parteipolitischen Zugehörigkeit betragt und erwiderte bereit in grobem Tone:
 „Na, Bawerische Volkspartei!“
 Nachdem sich diese Rede und Gegenrede am Telefon dreimal mit gesteigertem Geräusch wiederholt hatte, verließ der Bawer flüchtig über solch vermeintliche „Verdächtigungen“ die Telefonzelle.
 Ein fährernder Abgeordneter des Bayerischen Bauernbundes wollte einen Kollegen auf Zimmer Nr. 112 im Reichstag telefonisch sprechen. Die Zentrale vermittelte ihm irrtümlicherweise Nr. 111, wo Frau Abgeordnete Zies zu dieser Zeit Korrespondenzen erledigte. Sie meldete sich beim Anruf mit dem Bemerkten: „Hier Zies!“ Worauf der enttäuschte Bauernbändler, der sich sofort glaubte, zurückbrüllte:

„Sie laudummes Buber, da machen's halt die Tzoder's Kenter zu!“
 Im sozialpolitischen Ausschuss rufte der temperamentsvolle sozialdemokratische Abgeordnete S. der wirkungsvoll debattierenden Zentrumsvortreterin Frau T. zu: „Frau Kollent, ich lasse mich von Ihnen nicht verewalkt!“
 Beim Etat des Wohlfabrikationsministeriums sprach ein kommunistischer Redner folgende Bitte an den Wohlfabrikationsminister aus: „Ich bitte Sie, Herr Minister, daß einmal sehr eingehend die unteren Organe Ihres Beamtenpersonals anzusehen.“
 „Nicht nur die Vorgesetzten sind schön, auch die wohlgeformten Hintern haben ihre Reize.“
 „Ich freue mich, daß der Herr Minister unter Umständen auch einen starken Ton von sich geben kann.“
 „Sobes Haus! Die Vererbung der Bevölkerung auf dem flachen Lande vollzieht sich auf eine ganz natürliche Weise. Ich werde Ihnen gleich zeigen wie.“
 „Mit und Frau sind für den rationalen Landmann das, was Rastar und Ambrosia für die alten Griechen waren.“
 „Das Gesetz befristet, auch hier wieder die Grobhandwerker, den diese sind es, die am meisten an der Wahrung und Klärung eusehe leben.“
 In heftiger Oppositionsrede erklärte ein Abgeordneter: „Die Konzeption will ich allerdings den Matariern machen, daß das Schicksal Deutschlands beim deutschen Jugend in der Hand der Reichsführer liegt!“
 „In diesen Gegenstand ist das Schwein die Mutter der armen Leute.“
 „Wichtiger als der Neubau eines Findelhauses wäre ein Gesetz, durch das der Naturtrieb auf dem flachen Lande eingeschränkt wird.“
 Bei einer sozialen Unterfrühungsmaßnahme plädierte Frau Abgeordnete T. energisch für eine Ausdehnung der Unterfrühungsmaßnahme, statt wie bisher vom dritten, sukzessive auch auf das vierte Kind.
 Reichsfinanzminister R. widersprach zunächst dieser weiteren Mehlbelastung. Als sich aber Frau Abgeordnete T. von ihrer Forderung nicht abbringen ließ, erklärte schließlich der Reichsfinanzminister resigniert:
 „Dann will ich in Gottes Namen auch noch das vierte Kind der Frau Abgeordneten T. schinden.“

Sozialdemokratie und Kirchenvermögensgesetz

Ein Rede des Abgeordneten Dr. Marum im badischen Landtag

(Schluß)

Ich habe Ihnen vorhin ausgeführt, daß dieser Gelehtentwurf auf dem Wege der Trennung des Staates von der Kirche liegt. Es ist die Befreiung der Kirche vom Staat in den letzten Jahren und durch diesen Gelehtentwurf gefördert und herbeigeführt worden. Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen aber dargelegt, daß die Trennung von Staat und Kirche nicht nur Befreiung der Kirche bedeutet, sondern auch Befreiung des Staates. Die Befreiung der Kirche muß Konfessionen haben. Die eine ist die Aufhebung des staatlichen Kontrollrechts; die andere Konsequenz ist aber die weltliche Befreiung des Staates von den Leistungen an die Kirchen. In dieser Beziehung verweise ich auf unseren Antrag. Unser Antrag hat 3 Ziffern, denn es sind 3 verschiedene Gebiete, um die es sich hier handelt. Ein Teil der Leistungen des Staates an die Kirchen ist durch Reichsrecht geregelt. Bei der Weimarer Verfassung sind die Religionsgesellschaften insbesondere im Artikel 138 und 173 nicht schlicht gefahren. Sie sind vielmehr bei der Gestaltung der Reichsverfassung außerordentlich günstig megeformt.

Wir verlangen in Ziffer 1 unseres Antrages, daß das badische Staatsministerium bei der Reichsregierung und im Reichsrat dafür eintritt, daß die gemäß Artikel 138 des Reichsgrundgesetzes für die Abfassung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften maßgebenden Grundzüge alsbald vom Reich aufgestellt werden. Wir sind nicht in der Lage, heute schon in Baden zu beschließen, daß sämtliche Leistungen des Staates an die Kirche wegfallen, auch wenn sie auf Gesetz beruhen. Vielmehr muß nach Reichsrecht der finanziellen Auseinandersetzung des einzelnen Landes mit der Religionsgesellschaft vorgegangen werden. Die Aufstellung der Grundzüge durch das Reich, ausgehen die Aufstellung von Grundzügen durch das Reich, erst wenn das Reich die gemäß Artikel 138 Absatz 1 Satz 2 des Reichsgrundgesetzes aufgestellt hat, erst dann können erforderlichen Grundzüge aufgestellt werden, die dann für die einzelnen Länder die Auseinandersetzung mit den Religionsgesellschaften durchzuführen. Wir haben in unserem Antrag verlangt, die Regierung soll sich beim Reich dafür einsetzen, daß dies geschieht. Wenn das geschieht, weiß ich nicht, aber es soll „alsbald“ geschehen. Aber dieses „alsbald“, das sage ich offen, bedeutet nicht, solange dieser Reichstag besteht (Heiterkeit im Zentrum). Ich wünsche nicht, daß von der Mehrheit dieses Reichstages, wie sie sich zur Zeit gestaltet hat, diese Grundzüge aufgestellt werden. Auch die Anwesenheit der Freunde des Herrn Kollegen Obkircher in dieser Reichstagssitzung ist mir nicht die Gewähr dafür, daß Grundzüge in einem Sinne aufgestellt werden, wie wir und der Herr Abgeordnete Obkircher es haben wollen (Zuruf bei der Deutschen Volkspartei). Erst wenn diese Grundzüge aufgestellt sind, kann die Abfassung der Leistungen des Staates an die Religionsgesellschaften, soweit sie auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstitel beruhen, durch das Land erfolgen.

Der Herr Abgeordnete von dem Zentrums nicht nur im Scheintrag gestellt deswegen, weil wir verlangt haben, es soll die Abfassung erfolgen, und weil wir nicht die Entziehung und das Aufheben der Leistungen beantragt haben. Wir haben die „Abfassung“ in unserem Antrag hineingeschrieben, weil das eine Bestimmung ist, die durch Reichsrecht vorgegeben ist und zur Zeit nach dem Stande der Reichsverfassung und der Reichsgrundgesetzgebung die Länder durchaus nicht in der Lage sind, etwas anderes zu machen, als die Leistungen des Staates an die Kirche, soweit sie auf Gesetz beruhen, abzuschaffen. Abheben heißt eben irgend eine Entscheidung aufzuheben. Ueber das Maß dieser Entscheidung haben die Länder zu entscheiden. Dieses Maß wird nach unserer Auffassung sehr viel geringer sein müssen, als nach der Auffassung des Herrn Abgeordneten.

Wir unterscheiden uns aber vom Zentrum nicht nur im Maße dessen, womit abgesetzt werden soll, wir unterscheiden uns auch im Grundgedanken, nämlich darin, was abzusetzt werden soll. Wir sind einig darin, daß die in Artikel 138 genannten Leistungen abgesetzt werden sollen, welche Leistungen aber besonderem Rechtstitel beruhen. Welche Leistungen darunter verstanden sind, darüber besteht der schärfste Streit und ich möchte diese Gelegenheit, wo ich nach dem schärfste die Auffassung zurückweisen, die der Herr Abgeordnete von dem Zentrums hat, daß alle Leistungen, die in dem Budget stehen, auf Gesetz, Vertrag und Recht beruhen. Das ist nicht richtig und muß auf das entscheidende zurückgewiesen werden (Sehr laut bei der Sozialdemokratie). Wir sind vielmehr der Ansicht, daß der Standpunkt zu vertreten, und zwar grundsätzlich zu vertreten, daß keine Leistung unter diesen Artikel 138 fällt und daß es Sache desjenigen ist, der Leistungen fordert, darzutun und zu beweisen, daß die Leistungen auf einer Rechtstitel beruhen. Wir hoffen, wenn es einmal zu dem großen Prozeß zwischen Staat und Kirche kommen würde,

daß der Staat den Standpunkt einnimmt, daß er alles befreit und es der Gegenseite überläßt, nachzuweisen, was auf besonderem Recht beruht.

Auf jeden Fall, die Auffassung, die der Herr Abgeordnete von dem Zentrum hat, ist ganz unmöglich richtig und auch selbst, wenn man nicht subjektiv vom Prozeßstandpunkt aus die Sache betrachtet, wenn man objektiv die Dinge betrachtet, wird der Herr Abgeordnete von dem Zentrum im Stillen jaen müssen, daß seine Auffassung unmöglich ist. Ich gebe zu, daß ebenso, wie ich von meinem Standpunkt aus alles befreite, er von seinem Standpunkt aus alles behauptet. Die Wahrheit wird die sein, daß es eben möglicherweise eine Reihe von Leistungen gibt, die auf Gesetz beruhen. Welche sie sind, kann heute nicht entschieden werden. Auf jeden Fall, so umfassend sind sie nicht, wie der Herr Abgeordnete von dem Zentrum hat (Zuruf des Abgeordneten Seubert: Noch viel ärder!).

In diesem Zusammenhang einige Ausführungen zu dem, was der Herr Abgeordnete von dem Zentrum hinsichtlich der Rechtsverpflichtung des Staates ausgeführt hat, und was nach unserer Auffassung in keiner Weise zutrifft. Der Herr Abgeordnete von dem Zentrum hat die Rechtsansprüche der Kirche in erster Linie auf das einseitige Bistumsgut. Sie vertreten die Auffassung: res transit cum onere, die Sache geht mit einer Last, die auf ihr ruht, über, der Staat hat das Bistumsgut und damit dessen Lasten übernommen. Heute ist es so, Herr Abgeordnete von dem Zentrum, daß Sie haben wollen, daß das Gut an die Kirche zurückgeht, aber ohne die Lasten; die Lasten sollen dem Staat verbleiben. Sie verfahren immer bei der ganzen Sache, daß die Lasten, die früher auf dem Gute geruht haben, auf den Staat übergegangen sind. Sie würde mich aber entschließen dagegen wehren, wenn Sie den Anspruch stellen würden, daß auch die Lasten wieder auf die Kirche übergehen, nämlich die Lasten, die auf dem einseitigen Bistumsgut geruht haben, insbesondere die Schullasten und Armenlasten, — ich möchte heute sagen — die sozialen Lasten, die im Laufe

des letzten Jahrhunderts auf den Staat übergegangen sind, aber nach der heutigen Staatsauffassung Angelegenheit des Staates sind und beim Staat verbleiben müssen. Wenn aber diese Lasten, die onera beim Staate verbleiben, ist keine Veranlassung, daß die res, die Sache, zur Kirche zurückkommt.

Weiter, Herr Abgeordnete von dem Zentrum, vertreten Sie die Auffassung, daß alles, was im Jahre 1806 beim Reichsdeputationshauptschluß und beim Einzug des Bistumsquits im Besitz der Kirche war, rechtmäßiges Eigentum der Kirche gemein sei. Diese Auffassung kann ich als richtig nicht anerkennen. (Zuruf des Abgeordneten Marum nicht?), vielmehr Herr Abgeordnete von dem Zentrum, der große Prozeß kommt und die Kirche verlangt, daß der Staat ihr zurückgeben soll, was durch die Säkularisation und den Einzug des Bistumsquits genommen worden ist, müssen Sie, Herr Abgeordnete von dem Zentrum, die Rechtmäßigkeit des Eigentums der Kirche nachweisen. (Zuruf des Abgeordneten Marum nicht?), nein, Herr Abgeordnete von dem Zentrum, wenn die Religionsgesellschaft etwas als ihr Eigentum haben will, muß sie beweisen, daß sie rechtmäßig in den Besitz und zum Eigentum gelangt ist. Also Herr Abgeordnete von dem Zentrum, glauben Sie mir, in dieser Sache bin ich ein so guter Anwalt wie Sie. (Zuruf des Abgeordneten Marum nicht!) Mit andern Worten,

wenn einmal der große Prozeß geführt werden sollte zwischen Staat und Kirche, dann werden die sämtlichen Titel durch die Jahrhunderte hindurch nachgeprüft werden für die von der Kirche in Anspruch genommenen Besitztümer.



Die Quelle

jeder erfolgreichen
Lebenstätigkeit ist in
sehr hohem Maße
Mut und Ausdauer

Mut und Ausdauer
sollte auch beweisen
jeder Abonnent und
jeder Inserent des

Volksfreund

Aber noch weiter folgendes: Die Religionsgesellschaften führen ihre Ansprüche auf den Reichsdeputationshauptschluß von 1806 und auf den Einzug des Bistumsquits. Bistumsquits hat damals nicht nur der badische Staat bekommen, sondern Bistumsquits haben auch einige Ständesherren bekommen. Zuruf beim Zentrum: Ist auch richtig! — Heiterkeit.) Es hat mich gewundert, daß die Religionsgesellschaften den Prozeß mit dem Standesherren, z. B. Fürsten v. Fürstberg, von Leininger oder von Hohenstein-Wertheim noch nicht angefangen haben. Die haben doch auch „Verpflichtungen“; sie erfüllen sie aber in viel geringerer Weise als der Staat, und ich möchte noch behaupten, daß etwa die Kirche die Dotationen, die sie vom Staate verlangt, auch vom Fürsten von Fürstberg, vom Fürsten von Leininger und von den Herren von Lichtenfels verlangen. (Abg. Seubert: Je nun, das können wir auch noch machen. — Heiterkeit.)

Ich möchte also sagen: Es kann nicht so sein, daß etwa die im Jahre 1806 mediatisierten Ständesherren auf Jahrhunderte hinaus (wenn man mit einem Schlagwort unserer Zeit ausdrücken will) „Revolutionsgewinnler“ bleiben und daß allein der Staat die Last der Säkularisation zu tragen hat; es mögen vielmehr, wenn die Sache entschieden wird, der Staat oder die Religionsgesellschaften ihren Rücktritt gegenüber den Ständesherren nehmen.

Ich habe kein Verständnis dafür, daß sie ganz frei ausgehen sollen, wie ich auch bei der Frage der Fürstentümern kein Verständnis dafür gehabt habe, daß der Fürst von Fürstberg und die anderen Ständesherren, die sie früher in Baden regierten, heute sich die Hände reiben und ins Fürstliche lachen — schließlich darüber, daß sie bereits im Jahre 1806 ihres Thrones verlustig gegangen sind!

Denn sie sind ja die einzigen gewesen, die Gewinn dabei hatten. (Zuruf vom Zentrum: Warum haben sie es nicht in Ihren Antrag über die Fürstentümern aufgenommen?) Ich habe den Antrag nicht selbst geschrieben; ich lehne also für die Fassung dieses Fürstentümernantrages die Urheberhaft ab.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber noch etwas anderes sagen. Aus der Tatsache, daß heute sich der Herr Abgeordnete von dem Zentrum stellt, daß sämtliche Staatsleistungen an die Kirche, die in dem badischen Staatsvoranschlag stehen, auf einer rechtlichen Verpflichtung des Staates gegenüber der Kirche beruhen, mögen sie ersehen, wie falsch der badische Landtag gehandelt hat, daß er in den letzten acht Jahren nicht unserem Verlangen beigetreten ist (Zuruf), daß die Leistungen an die Kirche, die über dasjenige hinausgehen, was im Jahre 1918 geechnet wurde, als Vorstufe des Staates an die Kirche bezeichnet werden. (Abg. Marum-Heidelberg: Sehr richtig! — Zurufe vom Zentrum.) Wäre das als Vorstufe und Darlehen des Staates betrachtet und bezeichnet worden (Zuruf des Abgeordneten Marum nicht!), Glodner, weitere Zurufe — Glode des Präsidenten) — ich sage, wenn das als Darlehen oder Vorstufe des Staates an die Kirche betrachtet und bezeichnet worden wäre, dann könnte heute der Herr Abgeordnete von dem Zentrum noch weniger als

es ohne ihn möglich ist, mit Recht sagen, daß ein „Rechtsanspruch“ der Kirche auf diese Leistungen besteht. (Zuruf des Abgeordneten Marum nicht!) Auch nicht auf Gesetz beruhen sie! (Abg. Dr. Föhr: Und Ihr Antrag?)

Damit glaube ich nun dargelegt zu haben, daß die Rechtsauffassung des Herrn Abgeordneten von dem Zentrum (Abg. Seubert: richtig ist Heiterkeit.) Herr Abgeordnete von dem Zentrum, ich glaube, Sie sind zwar ein sehr tüchtiger Abgeordneter, aber das haben Sie doch wohl weniger richtig aufgefaßt, was ich eben ausgeführt habe (Abg. Seubert: Ich habe eben beken wollen!); sonst könnten Sie etwas derartiges nicht behaupten. (Abg. Seubert: O doch!)

Ich bin also der Meinung, daß zwar zur Zeit die Abfassung noch nicht erfolgen kann, daß aber die Abfassung nur für diejenigen Leistungen des Staates erfolgen soll, die auf Recht, auf Gesetz, auf Vertrag oder sonstigen Rechtstiteln, beruhen — daß aber dann im ersten Sinne auszusagen und von der anderen Seite zu beweisen ist, was auf Recht und Gesetz beruht, und daß die Abfassung selbst unter vollständiger Berücksichtigung der Lebensbedingung der Lasten des Staates insbesondere auf Schul- und sozialen Gebiet zu erfolgen hat. Dann wird wahrscheinlich nicht so viel übrig bleiben, wie der Herr Abgeordnete von dem Zentrum erwarten (Zuruf) — nach unserer Auffassung wird nichts oder kaum irgend etwas übrig bleiben. Was nun den zweiten Punkt unseres Antrages anlangt,

wonach alle nicht auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften vom nächsten Voranschlag an allmählich abzubauen sind, mit dem Ziel völliger Beilegung.

so sind wir der Meinung: „Trennung von Staat und Kirche“ bedeutet nicht nur Befreiung der Kirche, sondern es bedeutet auch Befreiung des Staates von weltlichen Leistungen, jedoch irgend ein Rechts- oder moralischer Grund zur weiteren Gewährleistung solcher Liberalitätsleistungen nicht mehr besteht.

Wir haben in diesem Antrag die Worte vom „allmählichen Abbau“ hineingeschrieben, weil wir der Auffassung sind: Nicht in einer Budgetperiode soll das geschehen; aber wir wollen damit sagen, daß ein Anfang schon im nächsten Staatsvoranschlag gemacht wird — und es kann ein solcher Anfang sehr wohl gemacht werden, nachdem die Religionsgesellschaften diese Freiheit, ihre Angelegenheiten zu ordnen und zu verwalten, erhalten haben und nachdem sie insbesondere jetzt das vollständige Steuerrecht besitzen; dieses ist von ihnen in vollem Maße auszunutzen, ehe überhaupt der Staat zu den Leistungen herangezogen werden kann. Insbesondere aber die Liberalitätsleistungen sind alsbald abzubauen.

In dieser Beziehung möchte ich noch speziell einem Gedanken gegenübertreten, den der Herr Abgeordnete von dem Zentrum im Ausschuss und auch heute hier vorgetragen hat. Es handelt sich um die Auffassung, als ob zu den durch Recht und Gesetz, zu den durch die Artikel 138 und 173 der Reichsgrundgesetzgebung gewährtesten Leistungen des Staates auch die Dotationen mit gehören. (Abg. Dr. Föhr: Das habe ich nicht behauptet! Das hat niemand behauptet!) Im Ausschuss haben Sie das behauptet. (Erneuter Zuruf des Abgeordneten Marum nicht!) Im Ausschuss, Herr Abgeordnete von dem Zentrum, haben Sie das behauptet. Ich nehme aber gerne zur Kenntnis, daß Sie heute hier diese Behauptung nicht aufrecht erhalten wollen. Jedenfalls aber will ich als meine Auffassung dasjenige wiederholen, was ich schon im Ausschuss ausgeführt habe: Wenn überhaupt von einer Gewährleistung der Dotationen die Rede sein kann, so sind sie nur zeitlich gewährleistet — nur bis zum Ablaufe des gegenwärtigen Dotationsgesetzes, das heißt bis zum Jahre 1928! Und sie sind nur in derjenigen Höhe gewährleistet, wie sie im Dotationsgesetz darin stehen — aber nicht mit den zusätzlichen Bewilligungen, die seither durch den Landtag erfolgt sind! Diese zusätzlichen Bewilligungen sind nur auf jeden Fall Liberalitätsleistungen, auch bis zum Jahre 1928, und ein Rechtsanspruch auf diese Liberalitätsleistungen besteht schon heute nicht mehr, sobald also heute schon Veranlassung gegeben ist, diese Leistungen wegzulassen.

Ich wende mich nunmehr zum dritten Teil unseres Antrages; in diesem handelt es sich um den Besatz der Staatsbeiträge für die Vermögensverwaltung der Kirchen. Wir sind der Meinung: Wenn die gemeinshaftliche Verwaltung des Vermögens der Religionsgesellschaften durch den Staat und Kirche wegfällt, dann ist auch sein Grund mehr dafür gegeben, daß der Staat Beiträge zur Vermögensverwaltung der Kirchen abt. Diese Beitragsleistungen des Staates wurden nur unter der Clausula robus six stantibus und nur unter der Bedingung der gemeinshaftlichen Verwaltung gegeben; wenn jedoch der Mantel fällt, muß auch der Herzog nach: wenn die gemeinshaftliche Vermögensverwaltung aufhört, dann besteht kein gesetzlicher Grund mehr für die Leistung der Beiträge zur Vermögensverwaltung der Kirche. Deshalb ist nach unserer Auffassung, wie in Ziffer 3 unserer Anträge ausgesprochen, vom Jahre 1928 an der Beitrag zu streichen, der bisher für diese Verwaltung des Vermögens gegeben wurde.

Nun meint der Herr Abgeordnete von dem Zentrum, damit würde auf die Religionsgemeinschaften ein Zwang zur Schaffung eines Statuts ausgeübt. Das ist nicht richtig; niemand von uns will die Religionsgesellschaften zwingen oder auch nur veranlassen, ein solches Statut zu schaffen. Das zu tun ist ihr freier Wille; aber ebenso ist es freier Wille des Staates, dann, wenn die Kirchen von dem ihnen gegebenen Recht keinen Gebrauch machen, zu sagen: Wir legen keinen Wert mehr auf die gemeinshaftliche Vermögensverwaltung — die Staatsbeiträge für den Oberkirchenrat, für den Oberkirchenrat und für die anderen Religionsgemeinschaften hören auf.

Wir sind also der Meinung: Diese Bestimmung, wie sie in dem dritten Teil unseres Antrages niedergelegt ist, kann sehr wohl heute schon durchgeführt werden — und heute schon ist diese Befreiung des Staates von der Bindung an die Kirche durchzuführen.

Damit bin ich am Schluß meiner Ausführungen und resumiere mich dahin, daß ich sage: Wie sind der Auffassung: „Trennung von Staat und Kirche“ Die Trennung soll allmählich durchgeführt werden; sie ist zum Teil heute schon durchgeführt — durch die Befreiung der Kirche; der gegenwärtige Gelehtentwurf ist ein Teil dieser Trennung von Staat und Kirche, wie stimmen ihm deshalb zu. Aber, „Trennung des Staates von den Leistungen gegenüber der Kirche“ — und deshalb verlangen wir, wie es in unserem Antrag niedergelegt ist, daß, soweit das die Reichsverfassung heute schon zuläßt, Staat und Kirche auch hinsichtlich ihrer finanziellen Bindungen getrennt werden; die Regierung soll sich dafür einsetzen, daß die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche alsbald erfolgt.

Unter diesen Voraussetzungen werden wir dem Gelehtentwurf zustimmen. (Lebhafte Beifall bei der Sozialdemokratischen Fraktion.)

Aus dem Freistaat Baden Unterrichtsminister Leers über die künftigen Aufgaben der Schule

In einem „Schule und Eltern“ überschriebenen Artikel bespricht im „Generalanzeiger“ Unterrichtsminister Leers die Bedeutung der Schulfragen für unsere Jugend und damit für die Zukunft unseres Volkes. Der Minister berührt dabei den neu eingeführten Begriff der „mittleren Reife“ und bemerkt dazu, wenn es gelinmt, diese mittlere Reife, die etwa der früheren Befähigung zum einjährigen freiwilligen Dienst entspricht, als genügende Vorbedingung für den Eintritt in zahlreiche Berufe im Staats- und Wirtschaftsleben anerkannt zu werden, überall da, wo Hochschulstudium nicht Voraussetzung sein muß, so kann dadurch dem unerwünschten Andrang zur Reifeprüfung höherer Lehranstalten abgeholfen werden. Minister Leers kommt dann auf die Weiterbildung zu sprechen und schreibt dazu u. a.: Die Wünsche der Lehrer sind keineswegs auch nur annähernd erfüllt worden. Nun wird es darauf ankommen, welcher Reim in die Geräte geossen wird und es wird gelten, das in einer Form, die zunächst nicht befriedigt, aber Inhalt gewinnt werden kann. Auch in anderen Zweigen des Schulwesens sind wir mitten in der Entwicklung. Die Fortbildungsschule, die unentbehrlich ist, noch nicht liberal so ausgebaut, wie sie sein sollte. Die Frage der Weiterbildung ist wohl allseits als dringende öffentliche Aufgabe erkannt, sie darf dem Vereinsleben, so viel Gutes dort auch geleistet werden mag, nicht überlassen bleiben. Die Schule muß die Leitung behalten und noch mehr erlangen, als dies ihr jetzt schon möglich ist. Und dazu bedarf es der Ausbildung von Lehr- und Sportlehrern, für die der richtige Weg, das beweisen die verschiedenen Formen, die in den Ländern bis jetzt gewährt worden sind, nicht ohne weiteres vorzeichnet ist.

Zum Schluß führt der Minister aus: Eines freilich wäre zu wünschen, daß die Kraft, die ganz für diese Entwicklung benötigt wird, nicht unterbunden, nicht gespalten werde durch Bestimmungen des kommenden Reichshochschulgesetzes, die die friedliche Gemeinsamkeit der Arbeit an der Schule fördern könnte, und die die übertriebene Eigenart der Länder in ihrer schulischen Entwicklung nicht berücksichtigen würde. Es muß Sache aller sein, die zwar religiöses Leben der Schule erhalten wollen, so wie es die Reichsverfassung grundsätzlich umschreibt, die aber keineswegs den Schulrücken durch Befehl und Bestrafung auszuweiten suchen lassen möchten, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß diese Gefahr abgemindert bleibt.

Sparen bei der Landw.-Kammer. Von unserm landwirtschaftlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben: In der letzten Vollversammlung der Landwirtschaftskammer spielte — wie überall, wo Steuern bewilligt werden müssen — auch das so oft behandelte Kapitel von Sparen eine große Rolle. Was da alles erörtert wurde, wird den steuerzahlenden Bauer weniger interessieren, als das, was nicht gesagt wurde: nämlich feiner der Vertreter des Bauernstandes wählte einen positiven Vorschlag zu machen — und es wäre nicht so schwer, wenn sich einer nur mal ein bißel hinter den Kulissen umsehen wollte — oder von einem Vorschlag etwas verstande. 3. B. a) warum hat keiner jemals Kenntnis von einem Güterbetrieb, daß er mit wenigen klaren Worten sagen könnte: soviel Ackerland, soviel Personal, soviel Luxus im Chalet und Autofahren, soviel persönliche Bedürfnisse und Aufwände für die Herren Betriebsleiter und deren Damen wären nicht nötig; b) warum hat keiner den Direktor gefragt, wieviel Extrazulagen einzelne besonders bevorzugte Beamte bekommen? Es handelt sich um Beträge zwischen 1200 und 3000 RM. Ist sie müssen doch irgendetwas im Budget haben? — oder nicht? c) warum haben sie alle einer Erhöhung der Tagelöhner für sich selber so einmütig zugestimmt? Nicht einmal die Zweimänneropposition Gebhard-Füller erhob sich. Warum denn nicht? d) welches Kammermitglied weiß, was die Ausreden des Herrn Präsidenten kosten? oder was er an Wägen sonst erhält? Erhält er mehr oder weniger als sein Vorgänger, der ja „in Besten“ recht großzügig war — und dort, wo er kann — heute noch ist.

Kleine badische Chronik

Forbach im Muratal. Nunmehr ist der Stau des Schwarzenbachs derart angeschwollen, daß sich das Wasser über den Uferlauf hebt, wo es unten am Fuß der Mauer in einem Hangboden aufgeflogen wird. Ein imposanter Anblick. — Am Donnerstag führte die Murg Hochwasser. An zahlreichen Stellen trat sie über die Ufer.

Schramberg. Ein auf dem Wege nach Lauterbach befindlicher Motorradfahrer stieß mit dem Postauto zusammen. Der Motorradfahrer trug einen Kopfverletzung des rechten Beines davon.

St. Georgen i. Schw. Tödlich verunfallt ist beim Kinderspielplatz der 38jährige, verheiratete Mechaniker Chr. Zuchschwert vom Stadtwald. Derselbe legte einen Balken auf eine Mauer und stellte sich beim Abstieg hinter einen Baum. Er wurde dabei von Sprengstoff so schwer getroffen, daß er im Krankenhaus von St. Georgen verstarb.

Konstanz. In den Bodenleedampfern sind seit der Revolution schon mehrmals Veränderungen vorgenommen worden. Buerk verschwanden die an monarchische Persönlichkeiten erinnernden Namen und wurden durch Städtenamen ersetzt. Dann mußten die Kronen über den Wänden daran glauben und später erschien denn die schwarz-rot-goldene Flagge auf den Schiffen. Diese wurde wieder vertauscht und gegen die Handelsflagge schwarz-weiß-rot mit der schwarz-rot-goldenen Gasse im Winkel gewechselt. Nun ist dieser Zustand wieder geändert und unter Berufung darauf, daß die Bodenleedampfer ein Bestandteil der deutschen Reichsbahngesellschaft ist, die schwarz-rot-goldene Schiffsflagge abermals aufgeflickt worden.

Mannheim. In einem Hause der Unterstadt wollte sich eine 28 Jahre alte Frau durch Einatmen von Leuchtgas das Leben nehmen. Als sie merkte, daß ihr das Bewußtsein zu schwinden drohte, gab sie ihr Vorbild auf und ging aus ihrer Wohnung auf den Korridor, wo sie ohnmächtig zusammenbrach. Hausbesitzer nahmen sie ihrer an. Familienrechtlich sollen der Grund zur Tat sein. — In Sandhofen brachte sich ein lediger 32 Jahre alter Tagelöhner mit einer Kofferlinge Schmitze am Unterarm bei. Er wollte wegen Krankheit sich selbst das Leben nehmen. Da er immer wieder verheiratet, seine Tat auszuführen, verbrachte man ihn in das Allgemeine Krankenhaus.

Schriesheim (Bergrstraße). In den Bergen der Gemarung Schriesheim befinden sich große Vorkommen von Schwefelpat, Feldspat und anderen Mineralien, jedoch ist ein systematischer Abbau bisher noch nicht betrieben worden und die Konzeption, die ein Siegerländer Industrieller besitzt, wurde nicht ausgenutzt. Auf Drängen der Gemeinde sind jedoch nunmehr die Arbeiten in der Schwefelpatgrube, in die ein 170 Meter langer Stollen hineinführt, aufgenommen worden.

Vermischtes

Schwere Auto- und Motorradunfälle
Bitterfeld, 19. April. Am ersten Osterfeiertag abends überfuhr sich bei Bitterfeld ein mit fünf Personen besetztes Auto. Dabei wurde ein Arbeiter getötet.
Berlin, 19. April. Am zweiten Osterfeiertag ereignete sich auf der Berlin-Hamburger Chaussee ein schweres Autounfall. Der Verwalter Beier aus Mühl, der sich mit seinem Motorrad auf der Fahrt von Stendal nach Berlin befand, wurde er, als er wegen einer Panne hielt, von einem Kraftwagen vor den Augen seiner Frau überfahren und getötet.
Halle, 20. April. In der Nähe der Hauptpost fuhr am zweiten Osterfeiertag ein Auto in eine Gruppe von zwei Männern und zwei Frauen, die alle verletzt wurden, darunter eine Frau schwer.
Zeitz, 20. April. Am Ostermontag fuhr ein mit vier Personen besetztes Auto gegen einen Baum und ging in Trümmer. Drei der Insassen erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen.
Cuxhaven, 19. April. Gestern abend fuhr hier an einer Strochentreuung ein anematisches Auto einem die Kremspaffenden Auto aus Cuxhaven in die Seite. Die Insassen des letzteren wurden hinausgeschleudert. Ein Herr und eine Dame wurden schwer verletzt dem Krankenhaus zugeführt.
Kiel, 19. April. Bei einer Probefahrt auf der Prechter Chaussee fuhr am ersten Osterfeiertag der Lieferwagen eines Kleinbauers gegen einen Baum und ging in Trümmer. Die Insassen des Fahrzeuges (zwei Erwachsene und zwei Kinder) wurden verletzt.
Berlin, 19. April. In der vergangenen Nacht fuhr ein mit drei Männern besetztes Motorrad mit Beinahe gegen einen Aeshaufen und überfuhr sich. Einer der Männer erlitt einen schweren Schädelbruch, an dessen Folgen er kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb.
Torgau, 19. April. Gestern abend fuhr ein Motorrad gegen einen Pfeilschein. Von den beiden Fahrern, die gegen einen Baum aufschleudert wurden, war einer sofort tot, während der andere in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus gebracht wurde.
Rom, 20. April. Der Unterrichtsminister Fedele erlitt bei einem Automobilunfall, bei dem er ziemlich schwer verletzt wurde. Der Minister wurde sofort in eine Klinik gebracht und operiert. Er befindet sich gegenwärtig außer Gefahr und dürfte in einigen Tagen wieder vollständig hergestellt sein.

Eisenbahnunfälle
Warschau, 19. April. Heute nacht fuhr bei Ostroec (Konarskopolen) ein Güterzug in einen vor der Station stehenden Güterzug mit solcher Gewalt, daß eine Lokomotive und 18 Wagen zertrümmert wurden. Ein Zugbedienter wurde getötet.
Toronto, 18. April. Bei der Entladung eines Güterzuges, 56 Waggons von Sorenapolis (Ontario) sind vier Personen getötet worden.
Graz, 19. April. Im Bahnhof Courcelles-Motte ist ein Personenzug infolge Nebels auf einen Güterzug gefahren. Dabei wurden 13 Personen verletzt.
München, 19. April. Gestern abend erfolgte bei Domben ein Zusammenstoß von zwei auf je einem Triebwagen und zwei Waggons bestehende Straßenbahnzüge, die mit Passagieren voll besetzt waren. Der nachfolgende Zug fuhr auf den vorausgehenden Zug im Nebel auf diesen auf. Zwei Waggons wurden fast völlig zerstört. Insgesamt wurden etwa 35 Personen verletzt, darunter fünf schwer.

Flugzeugunglück
London, 19. April. Ein Militärflugzeug stürzte bei East Church (Grafschaft Kent) ab. Die vier Insassen verbrannten.

Im Streit erstickt
Rotterdam, 19. April. In Dalfingen wurde ein Arbeiter nach einem Wortwechsel von einem Maurer durch einen Messerstich tödlich verletzt.
Sturmatastrophe in Illinois
Carrollton (Illinois), 20. April. In Centerville wurde eine Schule durch einen Tornadosturm zum Einsturz gebracht. Der Lehrer wurde getötet und 25 Schüler wurden unter den Trümmern begraben. — Weitere Einzelheiten fehlen noch, da alle Verbindungen mit der Ortschaft unterbrochen sind.
Bluttat eines 17jährigen
Schiffingen (Kreis Kempen), 19. April. Im hiesigen Krankenhaus lag ein noch nicht 18jähriger Bursche einem 71jährigen Kranken 80 M. Am darauffolgenden Morgen durchschneidete der Bursche, weil er eine Entdeckung fürchtete, dem Bekleideten die Kehle. Nach der Tat kaufte sich der Mörder einen Anzug. Er wurde verhaftet und hat die Tat eingestanden.
Tödlicher Absturz aus dem Fenster
Berlin, 19. April. In der Flottowstraße in Berlin wurde der Schneider Willi Sievert aus Badow bei Nützen in einer Blutlache liegend tot aufgefunden. Man nahm zuerst an, daß ein Mord vorliege. Es stellte sich jedoch heraus, daß Sievert, der bei Verwandten zu Besuch weilte, einem Anfall des Herzes erlegen war. Er hatte sich zu weit aus dem Fenster der im vierten Stock gelegenen Wohnung herausgehängt und war auf die Straße gestürzt.
Verurteilung eines Meisterdiebes
Breslau, 19. April. Das Große Erweiterte Schöffengericht verurteilte nach mehrwöchiger Verhandlung den Schmitt Jol. Barck, einen französischen Staatsangehörigen aus dem Bezirk Döberitz wegen fortgesetzten Diebstahls auf 12 Jahre Zuchthaus und 5 Jahren Erwerbsloshilfe. Seine Lebensgefährtin Frau Giesl, erhielt zwei Jahre Zuchthaus und drei Jahre Erwerbsloshilfe, ihre Tochter zwei Monate Gefängnis und ein Reisender ein Jahr Gefängnis; die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Barck büßte mit seinen 2000 Diebstählen einen Rekord auf.

Schifferei
Greifswald, 19. April. An den Osterfeiertagen kam es bei einer Zusammenkunft des Roten Frontkämpferbundes mehrfach zu Zusammenstößen und Prügeleien. Rote Frontkämpfer fielen über Postkasten her, die Abgetanen, namentlich das Stahlblechbecken trugen.
Berlin, 20. April. Das „Berl. Tageblatt“ meldet aus Hamburg: Beim Transport von Berliner Kommunikation die an einem in den Ostertagen in Hamburg veranfaßten Reichsjugendtag teilgenommen hatten, fuhr ein mit 50 Personen besetzter Luftfahrzeug in der Nähe von Witten in eine entgegenkommende Abteilung des Roten Frontbundes. Es kam zu einer Schlägerei, wobei ein Reiter schwer, mehrere andere durch Steinwürfe leichter verletzt wurden.
Verkehrsunfall
Amsterdam, 19. April. In der Drifskamp Ven Dam kam es gestern zu einer Schlägerei zwischen Betrunknen, in die auch später andere Personen hineingezogen wurden. Hierbei wurde ein Bauerntochter getötet, ein Fabrikarbeiter schwer verletzt und etwa 15 andere Personen durch Messerstiche leicht verwundet.

Aus aller Welt

Eröffnung der Berliner Ausstellung „Das Wochende“
Berlin, 16. April. Die von dem Berl. ner Reichstag veranstaltete große Ausstellung „Das Wochende“, die bisher größte Ausstellung, die das Berliner Volk jemals gesehen hat, wurde heute vor zahlreichem Ehrenpublikum aus allen Teilen der Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltungen eröffnet. Auch Reichsminister Dr. Stresemann war erschienen. Die Ausstellung umfaßt rund 50 000 Quadratmeter nutzbarer Bodenfläche von Hallen und Freigelände der Berliner Messeausstellungshalle.
Kaufpreiser im Kölner Dom
Im Kölner Dom ist eine Kaufpreiseranlage eingebaut worden, die zunächst aus 11 Kaufpreiserbesteht, die im Chor angebracht worden sind. Diese Anlage ist am Osterfesttag bei der Predigt des Erzbischofs zum ersten Male in Anwendung gekommen. Wenn der beabsichtigte Zweck, die Predigt in allen Teilen des Domes verständlich werden zu lassen, erreicht wird, sollen 11 weitere Kaufpreiser zur Aufstellung kommen.
Bayreuths Spielermoral
Der Direktor des Bayreuther Stadttheaters hat die Sommerfestspiele mit dem Lustspiel „Der Garten Eden“ eröffnet. Ein Teil des Publikums und der Presse nahm aber an dem Stück sittlichen Anstoß. Daraufhin hat der Stadtrat von Bayreuth die für Osterfesttag geplante Wiederholung des Lustspiels verboten. Der Theaterdirektor hat sich gerichtet, indem er statt des abgeleiteten „Garten Eden“ Rosenbus „Deutsche Kleinfüßler“ den Bayreuther Bürgern am Osterfesttag vorsetzte.

Sehr einfach

ist das Waschen mit
**Dr. Thompson's
Seifenpulver**
Es wäscht schnell und
schont den Wäschebestand.

Unterhaltung und Belehrung

Das Selbstmörderschiff

Novelle von Fritz Rosenfeld

(Nachdr. verb.)

Langsam ließ die Bewegung der Maschine nach. Aber immer noch fuhr die „Atalanta“ dem Eisberg entgegen. Ihre Fahrt war nicht aufzuhalten. Heute nicht nur damals, um Mitternacht, im Hafen von Santa Cruz.

Ein Schrei. Wilfred, über die Köpfe der andern hinweg: „Die Segel!“
Und schon laufen fünfundsiebzig über das Deck. Rigo der Hund steht bei Astrid und blüht zum Eisberg hinüber. Das große Weiß blendet ihn. Er schließt die Augen, und es ist nicht mehr da.

Eine Minute, zwei, und die Segel sind gespannt. Menschen, die nie Segel in Händen gehalten, Menschen, die fürcht auf einem Schiff gewesen, sie klettern und klettern. Die Furcht hebt sie den Mast empor. Der Tod sitzt ihnen im Nacken und laßt sie die Raben entlassen. Menschen, die nie ein Schiff vor dem Winde lenkten, sie lenken die „Atalanta“. Der Wind bläst die Segel, der Wind leidet die „Atalanta“ ostwärts. Die Fünfundsiebzig jubeln, und eine Frau steht am Bug und sieht leuchtenden Auges zu dem Eisberg, an dem stolz die „Atalanta“ vorübergleitet.

Da legt eine Hand sich auf die Astrids. Langsam, die Wärme der Anwesenheit auszulösen, folgt ihr Blick der Hand. Dem Arme, kriecht aufwärts und benennt dem weichen Bilde Wilfreds. Und der Druck seiner Hand wird wärmer.

Die Maschinen rasten, träumen. Noch ist ein Rest Kohle in den Funken.

Vor dem Winde fliegt die „Atalanta“ weiter durch den Atlantik.

Ein silberheller Mond schiebt warme Wellen über die „Atalanta“, die in feierlichem Schweigen ostwärts treibt. Wie Bruder an Bruder war sie dem Eisberg vorübergefahren. Nicht eine Schramme hat ihr dunkler Leuchtbogen davongetragen.

Weiß wie eine Gallionsfigur, dem Wind entgegengetemmt, Astrid am Bug gestanden?

Liebt sie diese Frau? Rante an ihr sich ihr Lebenswille wieder empor? Gab ihr Anblick ihnen Kraft? Trüb das Werben um sie zu letzter Anstrengung? Riß das Begehren nach ihrem lichten Haar die letzten Kräfte aus ihren müden Leibern? Gab ihr leuchtendes Auge ihnen die Kraft, in der sie die „Atalanta“ bepannert? War es nicht die Furcht, war es nicht die Furcht, war es nicht der Tod, war es nicht das klappernde Wesen unter ihnen, war es Astrids flatterndes Haar, Astrids milder Blick?

Liebt sie diese Frau? Kämpften sie um diese Frau? Riß diese Frau den verfallenden Funken Leben in ihnen zu neuer Liebe empor?

Diese Nacht sah fröhliche Gesichter auf der „Atalanta“. Niemand schaute mehr im Kesselraum schwarze Kohle in den roten Mund der Maschine.

Schuldungsrecht standen auf Deck und haben dem Eisberg nach, der ihren Blicken allmählich erschwand. Gefährte einer Nacht wurde er ihnen, lieber Gefährte einer herrlichen, silbernen Nacht.

Und als der Gelang des Morgens anhub mit mattrotm Licht, da hielt es sie nicht mehr, da mußte Astrid tanzen vor ihnen, an der Spitze des Schiffes, herrlich im herrlichen Licht.

Und alles Sternsüßer der Nacht strahlte wider aus ihrem Tanz und der Gelang des Morgens war in ihm.

Dann lagen sie, müde, trunken vor Freude, wieder in ihren Kabinen. Und dachten an das Steuerruder, das sie wieder zurückführen könnte in den Hafen von Santa Cruz. Dachten des silbernen Leibes Astrids, tanzend im Aufgang der Sonne. Hell stand diese Nacht vor ihren Augen und die von Santa Cruz.

Keiner war in den Stunden dieses jungen Tages auf der „Atalanta“, der das Leben verlor hätte, und keiner, der den Tod begehrte.

Zwei aber lagen einsam in einsamer Kabine und dachten an das Wunder des Herzens. Hatten keinen Gedanken mehr an den dunklen Augenblick, da sie über die Brücke geschritten, die die „Atalanta“ mit dem Lande verband, den Tod mit dem Leben. Demen war die Brücke ein Band aus lichtigem Mondsilber, das sie in ein Reich der Strahlen führte. Sie lagen einsam und hatten doch das Geheimnis gefunden, das sie vergebens gesucht.

Vor Astrids Tür lag Rigo der Hund und schlief.

Weiter, weiter jagte die „Atalanta“, immer weiter. Drei Tage gingen hin, ohne daß etwas geschah. Niemand wußte, ob sie gegen Süden oder Norden fuhren. Die Dünne wuchs wieder. Die Raben knarzten wie hungrige Raben auf winterlichem Schneefeld. Wie der Schrei des Hungers aus erkranktem Tierlein sollte ihr krächzendes Lied. Die Gischel irrte am Bug empor. Die Sonne brannte am Tage, in der Nacht schüttelte sie Frost.

Sie sahen auf Deck, spielten, erzählten, schliefen. Am ersten Tage nach der Begegnung mit dem Eisberg war stumme Erwartung in ihnen gewesen, Anerkennung zu erleben. Nun verzehrte sie wieder. Ruhe lähmte ihre Stunden. Am ersten Tage waren sie wieder zufrieden. Nun wachte wieder das Blut. Nun hörten die Bohrer im Sinn. Nun war das Warten wieder da.

Da hielten sie Rat.

„Selbst die Kessel wieder, wir kommen schneller weiter.“
„Feste die Funken.“ „Wir machen keine Begegnungsfabrik.“
„Warum sind wir nicht auf den Eisberg aufgefahren?“
„Warum nicht mitten hinein in den weißen Tod?“
„Beißt sie alle, feißt sie!“

Sie alle wußten es. Und wußten, daß es nicht Feigheit war. Daß diese Angst noch anderes hinter sich hatte. Daß noch anderes im Spiele war.

Aber sie schämten sich dieses andern. Sie schämten sich der Freude, sie schämten sich der Hoffnung. Sie schämten sich, festhalten zu müssen an der Stunde von Santa Cruz, auch wenn der Tanz Astrids fetter vor ihren Augen geleuchtet.

Und so beizten sie wieder die Kessel.

Am nächsten Tage kam ein Sturm. Die Balken der Nacht krachten und ächzten. Durch die unverrechten Fugen stülte

das Wasser in den Bauch der „Atalanta“. Durch das Vent stürzten die Wogen. Das alte Schiff soff Wasser um Wasser. In den Pumpen standen die Fünfundsiebzig und pumpten den Tod aus der „Atalanta“.

Der Sturm jagte die Stühle vom Deck, riß die Segel nieder, füllte einen Mast.

Einer stand neben dem Mast, als er niederging. Und sprang zur Seite als er niederging. Und einer sah ihn. Und schlug ein Gelächter an, ein Gelächter, das lauter als der Sturm um das Schiff tobte und alle Planken zum Biegen brachte.

Da schlich der andere, der unter dem Mast gestanden, als er niederging, beiseite. Vertrocknet lag er, sah in den Wasserwirbel hinter der „Atalanta“, sah sich dort schwimmen, froh bunterigen Fischen, und schlich hinab in den Bauch der Nacht und stellte sich an die Pumpen.

Die Nacht raste es durch. Am Morgen grüßte Sonne die Schuldungsrecht. Noch stand Wasser in den unteren Räumen. Noch pumpten sie. Schüchtern Ordnung auf Deck, heilten die zerfetzten Segel, räumten die Sparten des gefüllten Mastes fort.

Gestern hatten sie die Sparten des gefüllten Mastes fort, die das Escheute endlos hinausjoh. Hatten das Ziel sich nach gewünscht: den Tod.

Heute sahen sie auf dem Deck und stifteten Segel. Im Saale baumelt die Laterne. Man hat sie aussulischen vergessen. Sie brennt ganz klein. Ein paar Augenblicke und sie erlischt.

In der Kabine wandert das Pendel der Uhr hin und her, ohne Rast, ohne Gnade.

Ueber ihren Köpfen pendelt das Schicksal, rastlos, anstandslos. Aber sie sehen es nicht.

Um das Schiff rollt das Gelächter. Aber sie hören es nicht.

Zwei in der Ede, Wilfred und Astrid, halten einander bei den Händen. Sie haben das Geheimnis. Sie fürchten nicht Tod und Leben. Hatten beides in ihren umklammerten Händen.

(Fortsetzung folgt.)

Wenn man ein Häuschen erbt . . .

Mein Freund Seins erzählt mir:
Ich hatte das Recht, als Bilanzprüfer Buchhalter abgebaut zu werden, und wußte nicht, wovon ich als möbliertes Herr die nächste Monatsmiete zahlen sollte. Da erhielt ich vom Gericht die Nachricht, daß mir meine alte Tante ihr ebenfalls altes Haus in der Wunderstraße vermacht habe. Das kam mir wie ein Wunder vor.

Mit 28 Jahren vierstögiger Hausbesitzer, allerhand Sachachtung! Ich nahm den Hut vor mir selber ab. Ich war glücklich.

Aber das Glück sollte nicht von langer Dauer sein. Zuerst hatte ich einen harten Kampf mit dem Wohnungsamt zu bestehen, das mir die durch Tantes Tod freigewordene Wohnung nicht ausgeben wollte. Daß ich heimlich verlobt war, machte gar keinen Eindruck. Man schien das sogar auf dem Wohnungsamt für unheimlich zu halten.

Die Tante lag im ersten Stock und bestand aus zwei Zimmern, altnäherlich, aber gemütlich eingerichtet. Korridor und Küche betraf ich niemals, denn ich wollte jede unnötige Beengung mit dem Zwangsmieter vermeiden und suchte mir auch den Rest aus Spiritus. Der Zwangsmieter bestand aus vier Personen, Mann, Frau und Zwillingen, die im Rahmen waren und jede Nacht furchbar schrien, so daß ich nicht schlafen konnte. Aber sonst schwamm alles in Butter. Ich, es war nicht einmal Margarine.

Zunächst sollte ich einige hundert Mark Erbschaftsteuer zahlen, da das Haus vom Finanzamt auf 20.000 Mark geschätzt wurde. Da ich aber nicht bezahlen konnte, erhielt ich Stundung, sollte aber versichern. Dann kam die Hypothekenaufwertung.

Ich sträubte mich, obgleich es sich um ein altes Haus handelte wie eine Döwin, die um ihr Junges kämpft. Aber es half mir nichts, ich wurde mit 800 Mark und 1000 Mark persönlich aufgemerzt. Der Amtsrichter meinte, ich brauche ja erst 1932 zu zahlen und werde wohl die paar Mark Zinsen aufbringen können. Als der Herr scheint niemals ein Haus geerbt zu haben. Die Kosten von 24 Mark wurden mir auch gestundet, ich sollte sie aber mit vier Prozent verzinsen? Wovon?

Aber sonst war ich immer noch trunken von Glück bis zum Wasser in den Wein gegossen wurde, sogar Regenwasser. Dem Mieter im dritten Stock regnete es durch das Dach, so daß er, wie er erklärte, mit seiner Familie im Bett Kahn fahren könnte. Das Dach war flach, alt und defekt. Der Dachdecker meinte, mit den flachen Dächern sei es so eine Sache. Beim Hausbau kämen sie billig, aber wenn sie über 25 Jahre alt würden, seien sie sehr kostspielig. Sein Kostenschlag ließ meine Haare trotz der Pomade zu Berge steigen. Es kam zur Klage vor dem Mietungsamt. Ja, erklärte der Schlichter, wenn es nur an einer Stelle durchregnet, könne man sich mit einem Regenschirm behelfen. Aber da es überall durchregnet, könne doch niemand verlangen, daß er sich Regenkleidchen anschaffe, die egal im Kreis herumgingen.

Ich wurde verurteilt, das Dach machen zu lassen, und sollte die Gerichtskosten bezahlen. Wozu? Aus Mangel an notwendigen konnte ich das Dach nicht machen lassen. Da nahm sich das Stadtbauamt in lebenswirdiger Weise der Sache an, und ließ die Reparatur ausführen, beschlagnahmte aber dafür die Mieten. Wozon sollte ich nun leben? Aber es sollte noch besser kommen. Bei der Mieterin im zweiten Stock littete der Dfen ein. Aber sie war sehr vernünftig und nett, und meinte, sie lege die Kosten für die Dfenreparatur einstmweilen auf, und mit der Rückzahlung habe es einstmweilen Zeit. Sie war Schneiderin und beschäftigte acht junge Mädchen, die gleich ihr morgens, mittags und abends sich gern auf der Treppe zu schaffen machten, um mir einen freundlichen Gruß zuzusenden, was ich sogar sehr nett fand.

Aber meine Braut fand es gar nicht nett. Sie verlangte, ich sollte der jungen Maid — wie sie sich in trampfhafter Weise ausdrückte — von 45 Jahren im zweiten Stock kündigen. Vergänglich stellte ich ihr vor, das Mietverhältnis lasse eine Kündigung nicht zu. Sie behauptete, ich wolle nur nicht, sei in den Schurzrort verlobt und — hob die Verlobung auf. Wesentlich erluchte ich sie, die Aufhebung der Verlobung wenigstens nicht in der Zeitung bekannt zu machen. Sonst hätte mich das Wohnungsamt aus der eigenen Wohnung in meinem eigenen Hause entfiert.

Ich vernied, mich auf der Treppe sehen zu lassen, und wurde also nicht gewahrt, daß ein Elektrotechniker Material

ins dritte Stockwerk hinausschaffe. Als ich aber trotzdem erfuhr, daß der Schlichter sich auf dem Wege eine Antenne errichten lassen wollte, lies ich in dem guten Namen Wohnung und verbot ihm das. Er aber erwiderte lachend, das könne er machen was er wolle. Außerdem komme das Verbot zu spät, denn die Antenne sei schon fertig. Da klagte ich im Armenrecht auf Entfernung der Antenne.

Ich war schon aus allen Hausbesitzerhimmeln gestürzt und fiel unsanft auf die Erde. Aber auch dort war es nicht schön. Denn im Erdgeschoh wohnte eine Witwe, die an drei Erwerbslose vermietet hatte. Da diese nicht wußten, was sie mit ihrer überschüssigen Kraft anfangen sollten, ließen sie es der ungeschulden Hausstür entgelten, die Tag und Nacht kratzend zuflor, so daß das ganze Haus erschütterte. Ich befestigte an der Haustür ein Plakat, das ich fein säuberlich in Rundschrift schrieb: „Man wolle die Tür geräuschlos schließen.“ Es brachte noch ärger. Da nahm ich das Plakat weg, und brachte ein anderes an: „Es wird gebeten, recht geräuschvoll ins Schloß zu werfen.“ Da wurde es ruhig.

Da also endlich eine Freude als Hausbesitzer! Aber bald kam wieder der Verger. In meiner und des Zwangsmitiers Küche wurde das Wasserleitungsrohr defekt, das Wasser ging durch die Decke, der Kalk und Lehm fiel der Witwe in den Kopftopf, und ich wurde für den ganzen Schaden verantwortlich gemacht. Zwar ließ ich sofort vom Klempner die Wasserleitung reparieren, aber als ich meinem Zwangsmieter erklärte, er müsse das Nischen des Wassers doch gemerkt haben, fühlte er sich beleidigt. Er grüßte nicht mehr. Und auch das Erdgeschoh grollte. Die Haustür kratzte wieder.

Kun war ich mit dem ganzen Haus verfeindet. Mit dem ganzen? Nicht doch. Die Schneiderin war nach mir vor liebenswürdig. Ja, sie brachte mir eines Tages eine Schüssel Eierkuchen mit Heidelbeeren, die ich doch sicher ebenio gern esse, wie sie. Und ich ah, da ich seit acht Tagen keinen warmen Kaffee im Magen hatte. Dabei sprach sie davon, daß sie sich einen guten lieben Mann wünsche, der billigerer Buchhalter sei, wegen der schriftlichen Arbeiten, und daß man viel billiger und gemütlicher leben könnte, wenn zwei Wirtschaften zusammengeschlossen würden. Es war ein verfeindeter Beiratsantrag.

Mir graute es. Ich packte heimlich den Handkoffer und verließ fluchtartig mein Haus. Auf der Straße traf ich meinen väterlichen Freund Müller, dem ich alles erzählte. Er meinte aber, es sei ein schönes Haus, ich schuldere zu schwarz und wisse das Glück nicht zu schätzen, Hausbesitzer zu sein. Er aber sehne sich danach. Rutz und gut, er kaufte mir das Haus ab für 10.000 Mark in drei aufgewerteten Hypotheken und 20 Mark bar, damit ich mir ein Zimmer mieten könne.

Wenn ich nun als korrekter Buchhalter die Bilanz siehe, so stehen auf der Haben-Seite: Erbschaftsteuer nebst Zinsen, Aufwertungslosten nebst Zinsen, Mieteneinigungslosten nebst Zinsen, persönliche Aufwertungen (die natürlich bis 1932 in den Monat gelassen ist), Sandwertberechnungen, für den Dfen und Wasserleitung, Antennenanlage, Entlohnung, das erste graue Haar an meiner Schläfe. Und auf der Soll-Seite? Drei aufgewertete Hypotheken, die io wenig Zinsen bringen, daß ich mich nach einer neuen Stellung umsehen muß, aber wo? Die Industrie hat wohl noch Bücher, braucht aber niemand, der sie hält, da sie nichts einsutraen hat. Aber ich weiß schon, wo ich mich bewerbe, ich bin io in vielen Städten gerecht. Ich bewerbe mich bei den Finanzämtern für Erbschaftsteuerung, bei den Aufwertungsstellen und Mieteneinigungsämtern für Kostenberechnung, bei den Hausbesitzervereinen für irgend etwas. Die Briefe sind schon alle geschrieben, es fehlt nur ein edler Gönner, der die Freimarken spendiert, denn auf die drei aufgewerteten Hypotheken borat mir kein Mensch einen Pfennig. Und der alte Müller! Der trägt sich mit Selbstmordgedanken.

H. V. N.

Theater und Musik

Städtisches Konzerthaus

Erstaufführung: „Kreuzfeuer“. Lustspiel in 3 Akten von Rudolf Presber und Leo Walthar Stein.

Wenn ein Schwanz mitsingt, nennt man ihn Lustspiel. Diefem Grundtat scheinen die beiden Autoren zu huldigen, aber der Erfolg gibt ihnen recht: Sie finden ihr Publikum trotz des Ueberflusses an Wismangel, den sie in drei Akten vor ihm ausbreiten. Die Söhne eines deutschen Apothekers sind nach Amerika gegangen, haben mäßig mone gemacht und jeder ein Weid errungen. Merkwürdigerweise aber jeder eines, das das konträre Gegenteil seines Temperamentes ist. Bei der Rückkehr ins Elternhaus gesellen sich des 60. Geburtstages des Vaters verleben sich nun die Söhne in ihre Schwägerinnen, die Frauen ebenfalls in ihre Schwäger, diese Kröte überes Kreuz wird ohne Scheidung funktioniert, indem die Brüder ihre Weiber tauschen, und die alten inieigen Eltern wollen nicht einsehen, daß das amerikanisch, und weit amerikanisch, das einzia senkrechte ist. Dieser Endeffekt verat sich insolge allzu joralos behandelte Technik bereits im ersten Akt, und es ist befanntlich langweilig, wenn man auf einer geraden Straße einem Ziel zumarschiert, das man schon von zwei Meßstunden her winken sieht. Riggerjongs und Riggerbances, Grammophon und ein das Deutsche tabebrechendes American Girl müssen über die Einöden des Stüdes wegbesellen. Die von Herren Dr. Stors verständig bejorarte Inszenierung leistete darin das Mögliche.

Von den Darstellern zeichneten sich Herr Söder und Marie Frauendorfer durch feinen Lustspielton aus. Das Brüderpaar war durch die Herren Koeble und Leitz etwas ungleich vertreten. Artig fand sich Frä. Meost mit ihrer sympatischen Figur ab. Derma Clement als exzentrische Amerikanerin von Dollars Gnaden mit bizarren Tönen und fabelhaft schmissigen Kostümen rik den ganzen Abend heraus. Man darf auch bemerkenswerte Fortschritte in ihrem Enaklich feststellen seit der Vado Mädchenrollen. Marie Genter hatte endlich wieder einmal eine Mädchenrolle, worin sie ihren blühenden Humor zur Entfaltung bringen konnte. Herr von der Tunk verah den hübsch-rapelnenden Privatmajor mit Gardeleutnantkreminissenzen. Das unklarerische, nur auf Wäffneranügen einostellte Publikum kam auf seine Kosten.

Bad. Landestheater Karlsruhe. Alfred Neumanns Drama „Der Patriot“, acht am Mittwoch, 20. April, zum drittenmal in Szene. Am Freitag, 22. April, kommt auf dieselben Wunsch Genro Bernkeins spannendes Schauspiel „Der Dieb“ zur Wiederholung. Hebbels Schauspiel „Subit“ gelunat nach mehrfähriger Pause am Samstag, 23. April, neuinszeniert zum erstenmal zur Wiederaufführung. Die Titelrolle der „Subit“ spielt Renard sein. Den Holofernes baut hier. Im Konzerthaus wird am Sonntag, 27. April, das Lustspiel „Kreuzfeuer“ zum erstenmal wiederholt.

Arbeiter-Jugend Arbeiter-Sport

Ein Beitrag zur sportlichen „Einheitsfront“

Die Strikanten der kommunistischen Sportpresse schreiben sich jetzt die Finger wund, um den Beschluß der Luzerner Sport-Internationale, der eine Teilnahme an den Veranstaltungen der Zehnjahresfeier der bolschewistischen Revolution verbietet, rückgängig zu machen. Die Herrschaften sind recht unvorsichtig. Denn kein Geringerer als der sogenannte „Hohe Rat für körperliche Kultur“ in Moskau hat einen eklatanten Beweis für die Richtigkeit dieses Beschlusses beibringt.

Es handelt sich um Folgendes: In diesem Winter fanden als ein Teil der Revolutionsfeier wintertypische Wettkämpfe in Leningrad statt. Dazu hatte der finnische Verband der Luzerner Sport-Internationale eine Mannschaft entsandt. Er war dazu berechtigt, weil diese wintertypischen Wettkämpfe nicht mit politischen Veranstaltungen verbunden sein sollten. Wie es den finnischen Arbeiterportlern in Leningrad ergangen ist, darüber berichtet das Zentralorgan des finnischen Verbandes. Das Blatt schreibt:

Wie wir schon früher berichtet haben, fand am 19. bis 21. Februar in Leningrad das allrussische Wintertypische Fest statt. Auf der Schlussveranstaltung des Festes geschah eine überraschende Entscheidung der sozialistischen Sportinternationale und ihrer Mitglieder, der als Gäste anwesenden finnischen Sportgenossen. Der Beratende des Festes, der „Hohe Rat für körperliche Kultur“ in Moskau, eine Organisation, die fast identisch mit der bekannten Rote Sport-Internationale ist, ließ eine Szene aufzuführen, die die Überlegenheit und den Sieg der Rote Sport-Internationale und den elenden Untergang der Sozialistischen Sport-Internationale symbolisieren sollte. Die sozialistische Sport-Internationale wurde durch einen elegant gekleideten Herrn im goldenen Anzuge vorgeführt. Der Herr nahm Beziehungen mit den kapitalistischen Kreisen auf und verriet die Arbeiter. Nun kam die Rote Sport-Internationale und klärte die Arbeiter auf, die den Verrat des Herrn bald bemerkten und ihn schließlich verließen.

Daran knüpft das finnische Blatt dann noch die Bemerkung, daß die Rote Sport-Internationale ein mehrschichtiges Gesicht habe: Ein Gesicht für die Bürgerlichen, wenn sie mit den kapitalistischen Kommunisten in Angora oder mit bürgerlichen Verbänden im westlichen Europa in den Wettkämpfen treten. Ein anderes Gesicht zeigt die Rote Sport-Internationale, wenn sie mit ausländischen Kommunisten, z. B. mit den Norwegern, konkurriert. Das dritte Gesicht zeigt sie in ihrem Verkehr mit der Luzerner Sport-Internationale, wenn es sich um die Vertretung der Einheitsfront handelt; aber ihr wahres freies Gesicht offenbart sie, wenn sie zu Hause, wenn sie ohne Aussicht sei, und die Luzerner Sport-Internationale verleihe und beleidige.

Im finnischen sozialdemokratischen Zentralorgan befindet sich noch eine Notiz, wonach die kommunistische Zeitung in Finnland verlangt habe, daß die Genossen, die dieses Vorkommnis in ihrer Verbandszeitung gebracht haben und auch der Sekretär des finnischen Verbandes, Genosse Kostiainen, aus der Liste gestrichen werden sollen. Sie begründet das damit, daß die Handlungen des Moskauer Hohen Rates unantastbar seien und keiner das Recht habe, sie zu kritisieren.

Aus dem ganzen Vorkommnis ersieht man wieder einmal, welche herrliche Annoten der Einheitsfront nicht etwa an den von ihnen aufgesetzten Wahn glauben, haben sie selbst bewiesen, indem sie eine Vereinbarung mit der deutschen Sektion der Luzerner Sport-Internationale getroffen haben, in der es heißt:

Beide Organisationen stellen fest, daß sie in ihren Grundzügen im wesentlichen übereinstimmen. Sie verpflichten sich zu gegenseitiger Unterstützung in der Ausbreitung der Arbeiterportbewegung in beiden Ländern. Insbesondere werden sie außer den sportlichen Veranstaltungen ihre Erfahrungen, ihre Literatur usw. gegenseitig austauschen, um so eine Einigung der Arbeiterportbewegung aller Länder vorzubereiten. . . .

Diese Herren konnten ein sehr freundliches Gesicht machen, als sie hier auf Kosten der deutschen Arbeiterportler ein mehr als luxuriöses Leben führten. Anlässlich der von ihnen verübten Gemeinheit darf wohl daran erinnert werden, daß die russischen Sportler in Deutschland sich keineswegs als die überzeugungstreuen Proletarier aufgeführt haben. Kein deutsches Hotel war ihnen gut, kein Mittagessen teuer genug. Überall hatten sie zu kritisieren und Beschwerden über mangelhafte Verpflegung zu führen. Der Führer der schwer-athletischen Mannschaft wohnte in Berlin im Hotel „Adlon“. Würde das ein deutscher Arbeiterführer tun, dann würde in der kommunistischen Presse ein ohrenbetäubendes Geschrei entstehen. Diese Sowjetbourgeois sind wirklich nicht bezuhen, den deutschen Arbeiterführern Vorhaltungen über proletarische Verhalten zu machen. Man sieht aber auch aus diesem Vorkommnis, was es mit dem Einheitsfrontaechrei der Kommunisten auf sich hat. Die gebührende Antwort auf dieses unqualifizierbare Verhalten wird den Herrschaften der Konferenz der Luzerner Sport-Internationale in Velsingfors geben. Sie dürfen schon heute versichert sein, daß diese Antwort an Deutschland nichts zu wünschen übrig lassen wird.

Turnen und Sport

Fußball

Union e. B. I — Vorrang 1 2:1 Halbzeit 0:0

Für Ostermontag hatte der FC Union die spielstarke erste Mannschaft des FC Vorrang verpflichtet. Gen. Rohwas-Kleinsteinschlag eröffnete mit einem Treffer auf unsere Bewegung das Spiel, das ein technisch hochstehendes war und man seine wahre Freude daran hatte. U hat Anstos und sieht sofort vor des Gegners Tor, doch die Verteidigung ist der Situation gewachsen, was auch in der Folge der Fall war. Ein und her mocht der Kampf. U's Sturm setzt sich in des Gegners Strafraum fest, doch jeder aufgemeinte Schuß geht daneben oder wird eine Seite des gut amtierenden Torwarts. Ein Strafstoß für Vorrang schon getreten, mußte den ersten Erfolg bringen, doch wird derselbe durch Abwehr unterbunden. Mehrere Ecken bringen beiden Mannschaften nichts ein. Der Vorrang ein Spiel überlegen, ohne etwas Zählbares zu erreichen. Auf beiden Seiten meißern die auf arbeitenden Torhüter gefährlich eingeleitete Angriffe und übertrifft einer den andern in seinem Können. Ein scharfer Schuß von U's Mittelstürmer reißt der Gäste-Torwart. Bald darauf Halbzeit. Nach Seiten-

wechsel hat V. Anstos und spielt sich schön durch, doch U's Verteidigung vernichtet durch schönes Verführungsspiel den auf einseitigen Anstos. Nun erfolgt verteiltes Feldspiel und erzielt U. eine Ecke. Derselbe wird ausgetreten und es entleert vor der Gäste Tor fures Gedränge und bringt seinem Verein durch scharfen Schuß die Führung. Man merkt bei Vorrang das sie den harten Sandboden nicht gewöhnt sind. Nach Wiederantritt erzielt der Vorrang rechte Flügelstürmer das Leder und überpielt Unions Verteidigung und schießt an dem herauslaufenden Torwart scharf zum Ausdeich ein. Gleich darauf acht Union wieder durch schönes Zusammenpielen durch den rechten Flügelstürmer in Führung. Das Spiel ist nun in der Folgezeit ausgeglich. Vorrang rechter Innenstürmer hat fünf Minuten vor Schluss Gelegenheit, den Ausdeich herbeizuführen, doch Unions linker Verteidiger rettet auf der Linie. Gleich darauf Schlußpfiff. Der Schiedsrichter leitete zur Friedlichkeit und fand ein schönes ausgeglichenes Spiel sein Ende. Unions Mannschaft für die schöne Leistung ein Gesamtlob; sie hat mit diesem Spiel gezeigt, daß sie in den Serienspielen nach manchem Geaner eine Überrolung bereiten wird. Vorrang hat seine Hauptstärke im Torwart und rechten Flügel.

FC Union e. B. I — Stuttgart-Möhringen 1 7:1. Halbzeit 4:0

Am Ostermontag hatte der FC Union Stuttgart-Möhringen als Gast. Vor den ersten Mannschaften trat Union II gegen Vorrang II an und bezwang der Platzverein nach überlegenem Spiel die Wadernmannschaft mit 5:3.

Zum Spielverlauf der ersten Mannschaften: Punkt 44 Uhr gab Gen. Vogel das Leder frei. Möhringens Anstos wird abgefangen, doch weils die Verteidigung zu klären. Eine Ecke bringt den Gästen nichts ein. Unions rechter Innenstürmer eröffnet nach vier Minuten Spielbauer den Ausdeich. Nach Anspiel kommt Möhringen vor Unions Schlußtor und verhilft der rechte Verteidiger in letzter Sekunde den Ausdeich. In der 15. Minute erzielt Möhringen die zweite Ecke, die scharf getreten, eine Beute des aufspielenden Union-Torwarts wird. Gleich darauf hat Möhringen durch den Rechtsaußen wiederum Gelegenheit, den Ausdeich zu erzielen, leider aber ging der Ball über die Latte. Union spielt von nun an überlegen und erzielt durch schönes Zusammenpielen bis Halbzeit in gleichen Abständen noch drei Tore durch Mittelstürmer und Rechtsaußen. Nach der Pause verteiltes Feldspiel. Bei ungefähr der 15. Minute schießt Union mächtig los und erzielt in der 20. Minute das fünfte Tor durch Mittelstürmer. Möhringen erzielt die 3. Ecke, die nach kurzem Geankel von Unions Torwart gehalten wurde. Wiederm schießt Union vor der Gäste Tor und folgte Möhringens erzielt fünf Minuten vor Schluss durch rechten Flügelstürmer das Ehrentor. Die Pfiffel war dem Geaner in jeder Beziehung überlegen. Beiden Mannschaften für ihr ruhiges Verhalten ein Gesamtlob. Der Schiedsrichter leitete einwandfrei.

R.V.S. Südstadt — Hemsbach

Am Ostermontag hatte R.V.S. Südstadt I — FC Hemsbach zu Gast. Das Spiel begann in einem ruhigen forschenden Tempo und beide Parteien hielten sich bis Halbzeit die Stange, keinem glückte der Erfolg trotz schon herausgepielter Ecken. Beim Seitenwechsel stellte Südstadt nach einiger Zeit das Resultat auf 2:0, das war Hemsbach denn doch zu viel, sie leutet mit Feuerkraft los und kurze Zeit hindurch das Spiel unentschieden 2:2. Mit diesem Resultat glaubten viele wäre die Sache entschieden, doch 7 Minuten vor Schluss hatte Hemsbach noch den 3. Erfolg angestrebt und verließ als Sieger den Platz. Das Spiel wurde schön und mit Begeisterung durchgeführt im Interesse des Arbeiterports, nur die Arbeiterportler fehlte.

Vorher trafen sich R.V.S. Südstadt II und Karlsruhe Südstadt II; beide Mannschaften spielten ebenfalls ein ruhiges Spiel, das R.V.S. II durch bessere Arbeit für sich entscheiden konnte. Schlussergebnis 6:1.

Grünwinkel — Waldhof 5:2, 2. Mannschaft 7:3, Inzandmannschaft 3:0

Grünwinkel hatte in Waldhof einen spielstarken Geaner ausseroren. Mit dem Anstos beginnt ein schneller und abwechslungsreicher Kampf. Flotte Angriffe wechselt beiderseits ab. Waldhof fällt durch gutes Ballstoppen und Zuspätschießen auf. Außerste Anstrengung machte sie um Erfolge zu erringen, was ihnen auch in der 23. Minute gelang. Grünwinkel ist überrollt. Es will den Ausdeich schaffen, aber erst in der 33. Minute gelang es durch Kopfball. Beiderseitige Angriffe setzen an den Verteidigungen. Pause. Nach derselben erneut scharfes Tempo. Grünwinkel hält besser durch und erringt wiederum durch Kopfball die Führung. Die Gäste sind nicht müde, arbeiten vorbildlich, jedoch läßt Grünwinkels Verteidigung keinen Erfolg zu. Da erzielt auch schon Grünwinkel den dritten Treffer, dem bis zum Schluss noch zwei weitere Tore folgen. Durch einen Strafstoß erringen die Gäste ihren zweiten, verdienten Erfolg. Ein sportlich einwandfreies Treffen beendet der auf amtierende Schiedsrichter. Die zweiten Mannschaften lieferten sich ebenfalls ein einmündiges Spiel. Trotz besserer Kombination muß sich Waldhof mit 7:3 Toren geschlagen begeben.

Waldhof Jugend — Grünwinkel Jugend 0:3

In Waldhof war die Grünwinkler Jugendmannschaft, um dem Platzverein durch prächtiges Spiel drei schöne Osterfeier ins Netz zu legen. Waldhof kann erst nach Halbzeit auf sich kommen, zu einem Erfolge reicht es jedoch nicht. R. S.

U.S.B. Hagsfeld — Durmersheim 4:1

Durmersheim gastierte in Hagsfeld. Zahlreiche Zuschauer haben sich eingefunden. Erfolge schwächt treten beide Teile an, was auf den Spielverlauf nicht ohne Einfluß war. Ein heftiges nendes Spiel entwickelt sich gleich vom Anstos an. Beiderseits bemühen sich die Stürmer Tore zu erzielen. Hagsfeld ist tonangebend und erzielt in der 28. Minute sein erstes Tor. Durmersheim legt mächtig los. Doch der Sturm ist nicht in der Lage, vorerst etwas Besseres zu erringen. Nach der Pause erzielt Durmersheim durch einen Handstreich sein Ehrentor. Die Einheimischen sind eifrig und legen noch drei weitere Tore vor, denen Durmersheim trotz präyiger Versuche nichts entgegenlegen kann. — Durmersheim II — Hagsfeld III trennen sich mit 2:0 für Durmersheim. R. R.

Darlanden — Wacker Karlsruhe 1:5

Zu diesem Treffen tritt Darlanden erlagenschaftlich an, was nicht ohne Einfluß auf das Endresultat blieb. Der Spielverlauf war nur gut zu nennen und befruchtete allgemein. Schiedsrichter auf. Die zweiten Mannschaften trennten sich mit 1:7 für Wacker. Der Gastmannschaft ist unbedingt mehr Disziplin anzuraten. Pünktlichkeit verlangt auch der kleinste und jüngste Verein. Schiedsrichter einwandfrei. St.

Egenstein — Ottenhausen 3:3

Das Ottenhausen spielen kann, bewiesen sie am Montag gegen Egenstein. Ein 3:3-Resultat ist mehr wie schmeichelhaft für unsere Benjamin. Spielverlauf gut und arbeitert sportlich. 2. Mannschaften trennten sich mit 1:0 für Egenstein, was wiederum beweist, daß auch die 2. von Ottenhausen spielstark ist. U. B.

Raffball

Tabelle-Stand der Abteiluna I im 3. Bezirk					
Vereine	Spiele	gew.	verl.	unentsch.	Punkte
T.S. Rintheim	11	10	1	0	20
T.G. Durlach	11	8	2	1	17
T.T. Niefern	11	7	3	1	15
T.B. Grünlingen	11	4	6	1	9
T.T. Bretten	11	3	8	0	6
T.T. Pforzheim	11	2	8	1	5
T.B. Königsdorf	6	0	6	0	0

Rintheim wird somit gegen Mülkburg um die Bezirks-Meisterschaft, am 24. April antreten. Komte für die zweite Mannschaft. keine Tabelle bringen, da sämtliche Resultate ausblieben. S. B.

Schwer-Athletik

Der Arbeiter-Athletenbund veranstaltete über die Pfingstfeiertage in Gera einen größeren Wettkampf mit der Austragung der Bundesmeisterschaft im Stimmern und Ringen. Der Bund hat seinen ganzen Bereich in 5 Gruppen eingeteilt und werden aus denselben die Meister im Stimmern nach den errungenen Punkten in Pfund der einzelnen Kreise die Gruppenmeister ermittelt, während dies im Ringen unmöglich ist. Am kommenden Sonntag treten nunmehr nachstehende Mannschaften, die in ihren Kreisen Kreismeister sind, zur Austragung der Gruppenmeisterschaft in Feuerbach bei Stuttgart an. Es sind dies nachstehende Vereine: vom Kreis 15 Kraftsportklub Hürtz, vom Kreis 15 A Sportvereingung Augsburg Olt, vom 16. Kreis Athl.-Sportverein Tala Redarweihingen und heim-Hord. Dies sind sämtliche Vereine der A-Klasse. In der 1900 Schwabmühl, vom Kreis 15 A keine Vertretung, vom Kreis 17 Baden der Kraft- und Athletenklub Mannheim Schweminger Vorstadt. Die Kämpfe beginnen Sonntag nachmittags und dürften äußerst interessante werden, deren Besuch nur zu empfehlen wäre. Wir werden über deren Ausgang berichten. E. M.

Verchiedenes

Wettkämpfe der deutschen und österreichischen Arbeiterportler Anlässlich der am Ostermontag auf der hohen Marke bei Wien ausgetragenen Anstos und abendung fanden verschiedene Kämpfe der deutschen und österreichischen Arbeiterportler statt. Das vor 35 000 Zuschauern ausgetragene Fußballänderpiel gewann Deutschland mit 3:1. Die deutsche Mannschaft war besonders in der zweiten Halbzeit den Österreicher sehr überlegen. Der linke Verbindungsstürmer der österreichischen Mannschaft und der deutsche Torwart mußten infolge eines Zusammenstoßes aussteigen.

In dem Handballspiel einer Wiener Mannschaft gegen den deutschen Bundesmeister siegte die Österreicher zur allgemeinen Überzeugung mit 4:2. In den außerdem ausgetragenen Stafettenläufen nahmen die Deutschen mit Erfolge teil.

Jugendbewegung

Veranstaltungen der Arbeiterjugend

Gruppen Ost und West. Donnerstag abend im Rest Sing- und Spielabend. Sonntag Fahrt, Treffpunkt 7 Uhr „Lindl“. Bringt Schulentlassene mit.

Soc. Kindergemeinschaft. Mittwoch: Treffpunkt 1/2 Uhr im Waldheim, Spielen. Samstag: Zusammenkunft im Waldheim.

Küppurt. Donnerstag, 21. April, abends 8 Uhr Sprechchorprobe im „Grünen Baum“. Sonntag nachmittags 1/2 Uhr Wanderung, Treffpunkt: Ostendorfsplatz. Montag abend 1/2 Uhr Sprechchor- und Reigenprobe im Kindergarten.

Gruppe Darlanden. Donnerstag abend Zusammenkunft in der Halle.

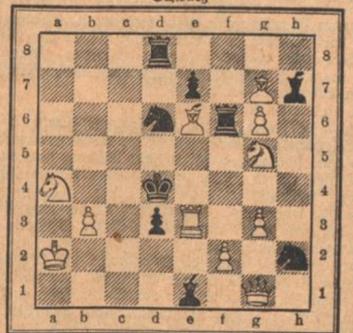
Durlach. Mittwoch, 20. April, Funktionärstag. Donnerstag, 21. April, Gruppe 1 Zusammenkunft im Schulsaal. Grünlingen. Donnerstag, 21. April, 8 Uhr, Übungsabend. Freitag, 22. April, 1/2 Uhr Generalprobe. Sonntag, 24. April, Jugendfeier, Anfang 1/2 Uhr. Hierzu laden wir Freunde und Parteigenossen herzlich ein.

Ettlingen. Die Mitglieder beteiligen sich an dem heute Mittwoch abend 8 Uhr in unferm Jugendheim stattfindenden Vortras des freien Jugendratells über „Pestalozzi“ von Gen. Hauptlehrer Baier. Wir bitten um pünktliches und zahlreiches Erscheinen. U. B.

Schach

Lösungsturnier

Nr. 6.
A. Kluge, Eppendorf
Arbeiter-Schachzeitung
Schwarz



Weiß
Matt in 2 Zügen

Karlsruher Chronik

Geschichtskalender

20. April. 571 Mohammed, Bezt. d. Islam. — 1812 Dichter Friedrich v. Schiller. — 1848 Revolutionsgefecht bei Kantern. — 1869 Komponist Karl Löffler. — 1871 Französischer Revolutionär Pierre Leclercq. — 1920 Monarchie unabhängig. — 1921 Beginn der Sanctionen, Zollgrenze am Rhein.

Darreichungsberichte des Soz. Vereins Karlsruhe

Bestet Mittel- und Südbahnhof. Sonntag, 24. April abends 8 Uhr, veranstalten wir im „Gambrius“ (Erdbrunnstraße) unter freundschaftlicher Mitwirkung anderer Genossen Sonntag, einer Sängervereinigung des Buchdruckereigenen Vereins „Tanzmusik“ und eines Teils unserer Kinder eine gemeinsame Abendunterhaltung, zu der wir unsere Genossen, deren Angehörigen und insbesondere Kinder nicht Freunde und Förderer unter sozialistischen Ideen freundschaftlich einladen.

Wiedereröffnung des Verkehrsmuseums

Am Dienstag wurde das Verkehrsmuseum der Technischen Hochschule Karlsruhe, das unter der Leitung von Prof. Dr. Ing. A. M. Mann steht und sich im früheren Zeughaus befindet, wieder eröffnet. Es kann jeweils Sonntag von 11-1 Uhr und Mittwoch von 2-5 Uhr besichtigt werden. Eine Reihe von neuen Fundstücken ist seit dem letzten Jahr zu verzeichnen. So ist vor allem das große Relief des babilonischen Landes in besonderem Raum mit künstlicher Beleuchtung wirkungsvoll aufgestellt worden und ein neues Relief der Bodenplatte aus dem gleichen Raume untergebracht worden. Ferner ist zu dem Modell des Mannheimer Mühlbauwerks noch ein Modell der Stadt Reibitz und des Reibitz Hafens hinzugekommen, das wie früher auch durch Bilder und Verkehrsüberflüsse des Hafens ergänzt wird. Pläne des Doppelstraßenverkehrs, des „Städt. Radverkehrs“ ergänzen das Material über die Bodenplatte. Ein interessantes Modell eines 300 Meter langen Floßes, wie es früher auf Schaffhauser und Rinsig verwendet wurde, im Maßstab 1:25 wurde dem Museum erworben und neu aufgestellt. Auf dem Gelände des Eisenbahnwesens ist unter den Feuerwehrräumen vor allem die Ausstellung des neuen Reichsverkehrsbaus B und C, der jetzt auf allen Hauptstrecken des Reichsverkehrsnetzes verlegt wird, zu erwähnen und eine große Sammlung der Sicherungs- und Verkehrsüberflüsse des Reichsbahndirektionsbezirks Karlsruhe. In der Abteilung Straßenbau und Straßenverkehr sind neue Überflüsse über die Entwicklung des Automobil- und Kraftverkehrs auf den babilonischen Straßen und vor allem auch von der Firma von St. S. in gelb gefärbte wertvolle Modelle eines Lastwagens mit Bespannung aus dem Anfang des letzten Jahrhunderts und eines modernen Groß-Motowagens hervorzuheben. Auch die Abteilung Luftverkehr ist bereichert worden durch Teile des Verkehrsflugzeuges „Reibitz“. Bilder eines Rohrbach'schen Metallflugzeuges und Tafeln des Luftnavigationsinstrumentes „Gyrorektor“. Die Sammlung hat sich derzeit vergrößert, das im Dachhof des alten Zeughauses ein neuer großer Ausstellungsraum ausgebaut werden mußte.

Gewerkschaftskartell Karlsruhe

Am Donnerstag, 21. April, abends 7 1/2 Uhr, findet im Roten Kreuz-Saal ein Vortrag des Gen. Dr. Lutz Hammerlag über „Arbeit und Kultur“ statt. Rein Funktionär, kein Gewerkschaftsmittglied veräume diesen Vortrag.

Zusammenarbeit von Handwerk und Berufsberatungsinstituten

Der Deutsche Handwerks- und Gewerbetag hat vor kurzem in einem Rundschreiben an die Deutschen Handwerks- und Gewerbetagungen und die Fachverbände im Reichsverband des deutschen Handwerks darauf hingewiesen, welche besonderen Vorteile dem Handwerk aus der engen Zusammenarbeit mit den amtlichen Berufsberatungsinstituten bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen erwachsen. Die beruflichen Organisationen der Industrie und Einzelhandel arbeiten bereits seit einiger Zeit sehr gut mit den Berufsberatungsinstituten zusammen. Für das Handwerk ist es von größter Bedeutung, daß es ebenfalls mehr noch als bisher bei der Einwirkung des Berufsberatungsinstitutes die Hilfe der Berufsberatungsinstituten in Anspruch nimmt, da sonst die Gefahr besteht, daß die Industrie, die demüht ist, sich erteilten Nachwuchs zu sichern, die besten Kräfte der Schulabgänger an sich zieht. Eine Selbstständigkeit ist es, daß die Berufsberatungsinstituten auf die Wünsche des Handwerks hinsichtlich der Nachwuchszuführung in vollem Umfang eingehen. Soweit bestehende Klagen gegen die Zusammenarbeit mit Berufsberatungsinstituten vorliegen, ist der Deutsche Handwerks- und Gewerbetag bereit, gegebenenfalls in weiteren Verhandlungen mit der Reichsarbeitsverwaltung für eine Abstellung der Mängel Sorge zu tragen.

* Festnahme der Kniebinger Straßenträger? Wie die Tel.-Union aus Zabern (Els.) meldet, sollen die beiden Räuber, die am 1. April den Boten der Firma Vogel u. Bernheimer um 21.000 M. beraubten, auf dem franz. Returierungsbüro in Zabern verhaftet worden sein. Die „Bad. Presse“ bringt soeben die Meldung in ihrer bekanntesten Sensationsaufmachung auf der 1. Seite. Wie uns jedoch von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, ist weder bei der Kriminalpolizei noch bei der Landespolizei eine Meldung über die Verhaftung eingeangenen. Man muß also die Nachricht von einer erfolgten Festnahme mit Vorbehalt aufnehmen.

Todesfall. Im Alter von 76 Jahren starb Altstadtrat Adolf W. Der nun Verstorbene gehörte in früheren Jahren als Vertreter der Nationalliberalen Partei dem Bürgerausschuß an und war von 1898-1908 Stadtrat. Auf dem Gebiete des genossenschaftlichen Kreditwesens entfaltete er eine umfangreiche und erfolgreiche Tätigkeit. Lange war er Direktor der unterbabilonischen und oberbabilonischen Kreditgenossenschaften.

(*) Zum Urteil „Entscheidung im Katastrophenschutz des Reichsfeuerwehrverbandes“ vom 9. ds. Ms. schreibt uns das Landesgewerbeamt, daß 1. Die Zusammenlegung des Preisrichtertariffes durch den Reichsverband mit dem Größterverband gescheitert ist, aus den Reihen der Kammerleiter nach Angabe der Preisverhandlungsbestimmungen sich auch nicht eine Stimme gegen die Zusammenlegung des Preisrichtertariffes erhoben hat und gemäß § 15 der Bestimmungen bei jedem, der sich beteiligt, ausdrücklich vorausgesetzt werden mußte, daß er mit dem Gesamtinhalt — also auch mit den besprochenen Preisrichtern einverstanden war. 2. Das Protokoll war ab Donnerstag in 2 Exemplaren ausgelegt und kann jederzeit beim Landesgewerbeamt eingesehen werden.

Der Kampf der Rüppurrer um bessere Verkehrsverhältnisse

Eine gestern abend im „Eichhorn“ in Rüppurr stattgefundene und vom Bürgerverein Rüppurr einberufene öffentliche Versammlung befaßte sich mit den Vorschlägen der Bleag zur Verbesserung des Verkehrs mit Rüppurr. Der recht gute Besuch bewies das große Interesse der Rüppurrer Einwohner an der Lösung dieser sehr wichtigen Frage. Auch der Verlauf der Versammlung zeigte, daß die Rüppurrer bestrebt sind, mit aller Energie die Verwirklichung ihrer Forderung auf eine den Verkehrsbedürfnissen Rechnung tragende Verkehrsverbindung herbeizuführen.

Der Vorsitzende des Bürgervereins, Herr Kistner, eröffnete die Versammlung und begrüßte insbesondere die Vertreter der Ratensfraktionen, sowie der Arbeitsgemeinschaft der Bürgervereine. Er führte aus, daß die Stadtteil Rüppurr unter allen Stadtteilen die größte Zunahme an Einwohner zu verzeichnen habe. 1910 betrug die Einwohnerzahl Rüppurrs mit der Gartenstadt 2819, heute aber 5100, mithin eine Zunahme von 80,9 Proz. Schon dies beweise, wie berechtigt die Forderungen der Rüppurrer auf eine Verbesserung des Verkehrs seien. Rüppurr könne heute, da es keine selbständige Gemeinde mehr ist, nicht mehr Gegenstand der Konzeptionsbedingungen der Albtalbahn sein. Außerdem heiße es in § 5 des Konzeptionsvertrages, daß die Staatsaufsicht eine Veränderung treffen könne, wenn das Interesse des Verkehrs dies bedingte. Dieser Zustand ist schon längst erreicht. Die Genehmigung zur Durchführung der Bahn sollte 90 Jahre, wovon 30 Jahre abgelaufen seien. Auch das beweise, daß man andere Wege einschlagen müsse. Die Albtalbahn habe in einer Pressepolemik zum Ausdruck gebracht, daß der Personenverkehr die Kosten nicht decke, jetzt aber verlange sie eine Entschädigung von 100.000 M. jährlich als Vollzugsbeitrag für die Strecke Karlsruhe-Etlingen. Auch habe sie es verstanden, ihre Schulden bedeutend zu verringern. Redner forderte, daß die Praktiken der Bleag bei einer Tarifherabsetzung dar und er stelle sich die Frage:

was soll in Zukunft geschehen?

Die Autobusse seien nicht nur als Verlegenheitsverkehrsmitel anzusehen, sondern auch als künftige Verkehrserschließung. Dem Bürgerausschuß sei es zu danken, daß er sich in der lehrerzeitigen denkwürdigen Sitzung so warm für den Stadtteil Rüppurr eingesetzt sei. Redner ging dann auf die drei Vorschläge ein, die die Bleag nun aufstellt und die wir in unserer weiteren Ausgabe auch bekannt geben. Der diskutabelste der Vorschläge sei der, daß die Bleag den Vorratsverkehr abtrete. Aber die Entschädigung von 100.000 M. sei zu viel, die Stadt solle den Verkehr nach Rüppurr selbst in die Hand nehmen, ohne Berücksichtigung der Strecke Karlsruhe-Etlingen. Die Ausführungen des Referenten wurden durch allseitigen Beifall unterstrichen.

In der darauffolgenden lebhaften Aussprache, an der sich 13 Redner beteiligten, wurde scharfe Kritik an der Bleag geübt wegen der Forderung von 100.000 M. und daß sie nicht gewillt sei, einen besseren Verkehr einzurichten. Der heutige Verkehr weise keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung gegenüber der Vorkriegszeit auf. Der dritte Vorschlag wurde als absehbare beschneit, aber die Forderung der Bleag auf

100.000 M. jährliche Entschädigung entschieden zurückgewiesen und mit allem Nachdruck verlangt, daß sie auch die Stadt ablehne und dafür weitere Autobusse anschaffe zu einer besseren Regelung des Verkehrs. Die Stadt habe deshalb nicht recht an den Autobusverkehr heranwollen, um der Albtalbahn nicht wehe zu tun, da die Stadt mit dem Kreis so nahe verwandt sei. Die Albtalbahn wolle einen unverdienten Wertzuwachs durch ihre Forderung herauschlagen. Die Entlösung könne jedoch nicht der Autobusverkehr sein, sondern die elektrische Straßenbahn. Aber bis dahin müsse der Autobusverkehr erweitert werden, das war die Forderung, die immer wieder erhoben wurde. Die Bedenken eines Redners, daß die Autobusse den Spitzverkehr nicht bewältigen können, wurde von einem anderen Redner auf Grund praktischer Ergebnisse in Forstheim widerlegt. Von Gen. Stadtrat Söhn, dem ersten Redner der vertretenen Ratensfraktionen, wurde bemängelt, daß die Aufsichtsbehörde gegen die oft grauenhaften Verkehrsverhältnisse nicht einschreibe sei. Die Stadtverwaltung könne die Forderung der Bleag auf 100.000 M. nicht für diskutabel halten. Zunächst müsse die Forderung auf Verbesserung der Autobusse lauten, denn wenn diese Forderung erfüllt sei, könne man der Albtalbahn Konkurrenz machen. Die Vertreter der anderen Parteien erklärten ebenfalls, wie Gen. Söhn, den Forderungen der Rüppurrer weitgehendste Unterstützung zuteil werden zu lassen. Dasselbe geschah von den Vertretern des Verkehrsvereins und der Arbeitsgemeinschaft. Die Ausführungen aller Diskussionsredner fanden jeweils kühnlichen Beifall.

Der Wille der Versammlung fand in einer einstimmig angenommenen Entschließung seinen Niederschlag. Die Entschließung besagt in ihrem wesentlichen Inhalt:

„Die heute im großen Saale des „Eichhorn“ in überaus starker Zahl versammelten Einwohner aller Stände von Rüppurr erwarten von der Stadtverwaltung, daß endlich die Verkehrsfrage Karlsruhe-Rüppurr in einem Sinne gelöst wird, die die Bewohner von Rüppurr auf direktem Wege von und zur Stadt bringt. Sie erwarten, daß die Stadtverwaltung, nachdem die Bleag für die Abtretung des Lokalverkehrs Karlsruhe-Etlingen eine Entschädigung von jährlich 100.000 M. Kapitalisiert bei 4 Prozent = 2.500.000 M. zugrunde legt, den ganzen Lokalverkehr Karlsruhe-Rüppurr in eigene Regie übernimmt. Sollte wegen des bis zur Verlegung des Güterbahnhofs für jede Lösung bestehenden Provisoriums die Straßenbahn nicht ohne Schwierigkeiten auf kürzestem Wege nach Rüppurr geführt werden können, so dürften der Beschaffung der nötigen Anzahl Autobusse bei den Forderungen der Bleag keinerlei Hindernisse im Wege stehen, zumal nach den bis jetzt in vielen anderen Städten gemachten Erfahrungen die Autobusse vielfach der Straßenbahn vorgezogen werden. Auch für die Regelung des Lokalverkehrs Karlsruhe-Rüppurr dürfte der Autobusbetrieb bis auf weiteres wohl am zweckmäßigsten sein, weil er für die erstmalige Einrichtung die wenigsten Mittel beansprucht und weil nach den bereits vorliegenden Erfahrungens eine sehr rasche Verkehrsbedürfnisse nachzukommen.“

Nach Annahme der Entschließung fand die gut verlaufene Versammlung um 12 1/2 Uhr ihr Ende.

laufwasser in die Sinkkästen eingeleitet werden. Zuwerdendelnde werden künftig bestrahlt werden. — Die Zahl der Feuerwehrlöcher beträgt zurzeit 969, als Notstandsarbeiter sind hiervon 73 beschäftigt.

Neuer „Arbeit und Kultur“

Am Freitag, den 18. April, abends 8 Uhr, findet im Lokal der „Arbeit und Kultur“ eine Kameradschaftsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Tagesberichts, 2. Kreisbannversammlung am 15. Mai in Gröningen, 3. Gauversammlung (Pfingsten) in Heilbronn, 4. Familienausflug. Nichtstehend gemüthliche Bekanntheit mit Familienangehörigen eingeladen sind. Zugführer und mit Familienangehörigen eingeladen sind. Zugführer und Gruppenführer werden dringend gebeten, zu erscheinen. Techn. Leitungs.

Schweinemarkt am 16. April. Der Markt war besafahren mit 68 Käufer- und 162 Ferkelschweinen; verkauft wurden 68 Käufer- und 162 Ferkelschweine; Preis per Paar Käufer-schweine 60-80 M., Ferkelschweine 35-42 M.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsgruppe Durlach

Sonntag, 23. April 1927, abends 8 Uhr, findet im Lokal der „Arbeit und Kultur“ eine Kameradschaftsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Tagesberichts, 2. Kreisbannversammlung am 15. Mai in Gröningen, 3. Gauversammlung (Pfingsten) in Heilbronn, 4. Familienausflug. Nichtstehend gemüthliche Bekanntheit mit Familienangehörigen eingeladen sind. Zugführer und mit Familienangehörigen eingeladen sind. Zugführer und Gruppenführer werden dringend gebeten, zu erscheinen. Techn. Leitungs.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Emma Ludi, alt 87 Jahre, Ehefrau von Friedrich Ludi, Lagerarbeiter, August Wilmann, Schreiner, Chemann, alt 76 Jahre, Hilba Richter, alt 80 Jahre, Kontoristin, Iedea, Eugen Lehle, Schreiner, Iedea, alt 18 Jahre, Emilie Genter, alt 88 Jahre, Ehefrau von Raimund Genter, Schrankenschränker, Helene Rüdert, alt 60 Jahre, Witwe von Josef Rüdert, Bürodiener, Wilhelm Heinrich, Maurer, Witwe, alt 66 Jahre, Stefanie Fränkle, alt 68 Jahre, Ehefrau von Friedrich Fränkle, Fuhrmann, Emil Bachmann, Schloffer, Chemann, alt 68 Jahre, Hermann Wisnewski, Kaufman, Chemann, alt 81 Jahre, Herbert, alt 7 Monate, Vater Max Weis, Straßenbahnschaffner, Adolf Wisser, Verbandsdirektor und Alt-Stadtrat, Chemann, alt 75 Jahre, Magdalena Weber, alt 53 Jahre, Ehefrau von Albrecht Weber, Kaufmann, Friedrich Wolfmüller, Blecher, Chem., alt 61 Jahre.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach

Sterbefälle vom 2.-30. März: Sofie Debatin geborene Stelzer, Witwe, 64 Jahre alt, Maria Theresia Schmitt geb. Dorer, Ehefrau, 54 Jahre alt, Luise Lerch, geb. Freiburger, Witwe, 76 Jahre alt, Otto Bruno Hinkelmann, Privatier, Chemann, 63 Jahre alt, Gabriele Maria Weiland, Kind, 1 Jahr alt, Ernst Karl Kühnast, Gärtner, Iedea, 23 Jahre alt, Wilhelm Friedrich Richter, Betriebsassistent a. D., 83 Jahre alt, Hedwig Stöber geb. Lehle, Witwe, 67 Jahre alt, Ernst Adolf Mutter, Kaufmann, Chemann, 48 Jahre alt, wohnhaft in Gröningen, Wilhelm Friedrich Matt, Werkmeister a. D., Chemann, 62 Jahre alt, Peter Adam Winheim, Werkmeister, Chemann, 66 Jahre alt, Magdalena Bauer geb. Postweiler, Ehefrau, 61 Jahre alt, Ernst Aldinger, Tagelöhner, Chemann, 61 Jahre alt, wohnhaft in Gröningen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Spielmannsua. Mittwoch, 20. und Freitag, 22. April, Uebung — jeweils 8 Uhr abends. Anreisen am Vorkabend. Vor. Volksabläufe erscheinen ist Pflicht.

Aus der Stadt Durlach

Aus der Stadtratsitzung vom 13. April

Von Privatier Hermann Blust wird ein Grundstück erworben. — Die Notstandsarbeiter, die an der Lumbergstraße arbeiten, werden mit der Drahtseilbahn hinauf und herunterbefördert. Zu diesem Zweck wurde mit der Drahtseilbahn AG. eine Abmachung über den Wandlerbergbergwerk der Zimmermeister Schwibinger übertragen. — Die Arbeiter für die Turnhalle der Lehnshofschule werden an Rattermeier Fritz Schaefer übergeben. — Mit dem Vorbau der Reichshalle soll ein neues Steigerhaus für die freim. Feuerwehr verbunden werden. — Einem vom Bezirksamt aufgestellten Entwurf über die Regelung des Verkehrs mit Spießweid wird zugestimmt. — In letzter Zeit hat sich dadurch ein Mißstand herausgestellt, daß der Kredit der Straße und Gebirge von den zur Reimanna Verpflichteten in die Straßenbahn geleistet wird. Dadurch kommen Verstärkungen vor, sobald schon mehrmals topographische Aufnahmen vorgenommen werden mußten. Auch Flächenabfälle dürfen nicht mit dem Ab-



Leipheimer & Mende

Das Spezial-Geschäft in
Herren- und Damen-Stoffen
Wäsche- und Haushaltungs-Stoffen

Moninger Bier

unübertroffen
an Reinheit und Güte



Auskunft erteilt:
**Städt. Gas-, Wasser- und
Elektrizitätsamt**
Installations-Abteilg. f. Elektrizität
Karlsruhe i. B., Kaiserallee 11.

K. GÜSSEL

KARLSRUHE i. B.
Kriegsstrasse 97, Telefon 68
Aelt. Baumaterialien-
Geschäft am Platze

Spezialität

Herstellung von Boden- und
Wandplatten - Belagen aller
Art
Dacheindeckungen mit
Ziegeln, Pappeln, Dach-
pappe usw.
Asphalt- und Estricharbeiten
Zementröhren, Zement-
waren- u. Kunststein-Fabrik
Marmorwaren-Fabrikation

BAUHUTTE KARLSRUHE

Gemeinnützige Baugesellschaft m. b. H.

Uebernahme sämt-
licher Bauarbeiten

Büro und Lager:
Rotteckstrasse Nr. 17
Telefon 5200

Am Leben man zehn Jahr gewinnt - Wenn früh man mit YOGHURT beginnt

DR. AXELROD'S YOGHURT

Vom Orient zum Occident - Immer man ihn lobend nennt.

Alleinerzeugungsrecht für Karlsruhe: **Städtische Milchzentrale** Zähringerstrasse 45/47
Telefon Nr. 5294, 5295
Beim Einkauf achte man darauf, daß das Glas und der Verschluss die Aufschrift trägt
— DR. AXELROD'S YOGHURT —

Kohlenherde Gasherde Öfen kompl. Kücheneinrichtungen

Größte Auswahl
Billigste Preise
Bequeme Ratenzahlung

Ph. Nagel
Haus- und Küchen-Geräte
Kaiserstraße 55

KOPFZERBRECHER

Nr. 18

Aus den Silben: a - ben - bu - chat - dau - de - der - di - e - e - e -
ei - fe - fen - fer - fu - ge - har - i - kie - lam - lep - li - nal - ni - nie -
niß - pi - ra - tau - ri - ru - sie - so - ta - ter - tri - un - us - sind 13
Wörter zu bilden, die bedeuten: 1. türk. Titel, 2. Sohn, 3. Knechtin, 4. Halb-
edelstein, 5. Musikinstrument, 6. Darm, 7. Teil des Kopfes, 8. Königreich, 9. Schussweiss,
10. Sprache, 11. Stadt der Lausitz, 12. Sprache, 13. Krankheit. - Anfangs- und Endbuch-
staben - abwärts gelesen - ergeben ein Sprichwort.

Auflösung aus Nr. 17:

1. Sago, 2. Patriarch, 3. Arena, 4. Rubens, 5. Ebert, 6. Ingrid, 7. Nassau, 8. Delfi,
9. Elektron, 10. Holland, 11. Zange, 12. Elektrotechniker, 13. Immergrün, 14. Torpedo,
15. Sorrent. - Spare in der Zeit, so hast du in der Not.

Das Haus der eleganten

Damen- Moden

Gebrüder ETTLINGER

Kaiserstr. 199.

Preiswerte Qualitätsschuhe



finden sie in reichlicher Auswahl bei
Eugen Loew-Hölzle
Kaiserstraße 187

GESCHWISTER KNOPF

KARLSRUHE

Das große
Kaufhaus für Alle

Das große
Kaufhaus für Alle

L. J. Ettlinger

Eisenhandlung
Kleisenwaren / Werkzeuge / Bau- und Möbelbeschläge
Haus- und Küchengeräte / Kochherde / Gasherde / Öfen

MÖBEL!

Complete
Wohnungs-Einrichtungen
Einzelmöbel
Küchen
Schlaf- Speise- und
Herren Zimmer
in großer Auswahl
Reelle Bedienung
Billigste Preise
Zahlungs-Erleichterung

M. Tannenbaum
Adlerstraße 13

Alb. Glock & Cie.

Karlsruhe - Kaiserstraße 89
Photo-Apparate
Kino-Apparate
Photo-Arbeiten in erstkl. Ausführung

Zentralheizungen

mit Dampf, Wasser oder Luft liefern seit 1878 -
sparsam im Betrieb - und billig in der Anlage

**Bechem & Post G. m.
b. H.**
Karlsruhe

Drogerie Wilh. Tscherning

bekannt durch
Qualitätswaren
Ecke Amalien- und Karlstraße
Telefon 519

Josef Krapp

Unternehmung

für

Beton, Eisenbetonbau und Asphaltierungen.

Dr. Dannenberg & Co.

Metallhütte
Tel.-Adr. Metallurgie G. m. b. H. Tel. 6163, 6169
Unsere Erzeugnisse
Dopp. raff. Weichblei Marke M. d. K.,
Hüttenhartblei, Schriftmetalle, Lager-
und Weißmetalle, Lötzin, Rotguß,
Bronze, Zink, Stereotype- und Setz-
maschinenmetalle

Rosenfeld & Co.

Karlsruhe (Baden)
Metalle / Altisen / Neuisen
Telefon Nr. 836, 840, 841, 184
Telegramm-Adresse: Metallfeld

